

Wöchentlich 70 Blg., monatlich 2,-- M. im voraus zahlbar. Postbezug 2,72 M. einjährl. Postgebühr, Auslandsendement 5,20 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Woll und Feil“ und „Kinderfreund“, fernere Unterhaltung und „Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
9. März 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einjährig-kontingente
50 Pfennig Reichsanleihe 5.- Reichs-
markt „Kleine Anzeigen“ das tägliche
Wort 25 Pfennig gültig zwei
Wochen (Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Streifen für das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Jahre 60 Pfennig. Kontingenz für
Abonnenten 30 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft, Linden-
straße 2, wochentags von 8, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 87556 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollfr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Schiedspruch einmütig abgelehnt.

Heute nachmittag neue Verhandlungen vor dem Schlichter.

Nachdem der verunglückte Schiedspruch von der Streikleitung und den Funktionären der streikenden Werkzeugmacher einmütig abgelehnt wurde, hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin die Klagen über den Konflikt dem Schlichter Reichsminister a. D. Wiffell überhandt, bei dem die Entscheidung liegt, ob der Schiedspruch für verbindlich erklärt wird oder ob neue Einigungsverhandlungen anberaumt werden sollen.

Der Schlichter hat die Parteien zu heute nachmittag 2 1/2 Uhr zu neuen Verhandlungen eingeladen. Es handelt sich hier wohl um die üblichen Verhandlungen, die dem Verfahren der Verbindlichkeitsklärung vorausgehen.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den Schiedspruch — in diesem Falle sozusagen natürlich — angenommen.

Der Beschluß der Werkzeugmacher.

Die Funktionäre der streikenden Werkzeugmacher waren am Donnerstag nachmittag im Verbandshaus der Metallarbeiter zusammengekommen, um zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen. Der Bevollmächtigte, Genosse Ulrich, schilderte noch einmal die Verhandlungen und ging dann auf den Schiedspruch näher ein.

Die Bestimmung des Schiedspruches, wonach die Stundenlöhne und Akkordpreise in den Betrieben nachgeprüft werden sollen, bedeute keineswegs, daß den Werkzeugmachern ein fester Verdienst garantiert wird. Das „Entgegenkommen“ in dem Schiedspruch besteht lediglich darin, daß „gegebenenfalls“ für ganze Gruppen der Werkzeugmacher eine Erhöhung der Löhne und Akkordpreise vorgenommen werden „sönne“.

Es besteht nach dem Schiedspruch die Möglichkeit, wenn über fristige Löhne und Akkordpreise keine Einigung in den Betrieben erzielt werden kann, durch Verhandlungen zwischen den Verbänden eine Einigung herbeizuführen. In der Praxis dürfte es aber bei solchen Verhandlungen nur selten zu einer Einigung kommen.

Der Schiedspruch habe für die Werkzeugmacher nur einen ganz bedingten Wert. Das Bezeichnendste an ihm sei, daß er noch nicht einmal das bringt, was der Gewerberat Körner am vorigen Freitag in seinem Einigungsvorschlag den Parteien zur Annahme empfohlen hat. Nach diesem Vorschlage sollten

die Werkzeugmacher in drei Gruppen eingeteilt werden, für die 1,15 M., 1,20 M. und 1,25 M. als Akkordlohn festgelegt werden sollte, wobei die Akkordstunde mit 50 Minuten berechnet werden müßte.

Die Streikleitung hat sich, wie Genosse Ulrich mitteilte, in ihrer Sitzung einmütig entschlossen, diesen Schiedspruch abzulehnen. Sie beabsichtigt, weitere Werkzeugmacher in den Kampf einzubeziehen, und zwar zu einem Zeitpunkt, der noch von ihr bestimmt wird.

In der sehr sachlichen Diskussion lehnten alle Redner rundweg ab, den Schiedspruch überhaupt zu erörtern, weil er eine Verhöhnung der Streikenden bedeute. Das Mitglied des Hauptvorstandes des Metallarbeiterverbandes, Genosse Lott, erklärte, daß ihm in seiner langen Praxis als Gewerkschafter noch ein Monstrum von Schiedspruch noch nicht bekanntgeworden sei. Die Organisation werde auch alles daransetzen, um eine Verbindlichkeitsklärung dieses nach seiner Auffassung rechtlich unhaltbaren Schiedspruches zu verhindern.

Die Organisation werde aber auch, falls dennoch wider Erwarten die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen werden sollte, gegen die Rechtmäßigkeit dieses Schiedspruches mit allem ihr zu Gebote stehenden Mitteln ankämpfen.

Die von entschlossener Kampfstimmung befehlte Verjüngung nahm zum Schluß einstimmig eine Entschlieung an, in der die Organisation aufgefordert wird, angesichts der jetzigen Situation die Werkzeugmacher sofort in allen Betrieben in den Kampf einzubeziehen.

In der Sitzung der Berliner Stadtverordneten am Donnerstag beantragten die Kommunisten, die streikenden Werkzeugmacher und die Ausarbeiteten mit dem höchsten Satz der Erwerbslosenfürsorge aus kommunalen Mitteln zu unterstützen. Der Dringlichkeit widersprachen die Deutschnationalen, so daß die Behandlung des Antrages zurückgestellt wurde.

Die Gewerkschaften lehnen eine Subventionierung ihres Streiks durch kommunale Gelder grundsätzlich ab, der Metallarbeiterverband kann seine im Kampf befindlichen Mitglieder aus eigenen Mitteln unterstützen. Eine Unterstützung des Antrages könnte die Meinung aufkommen lassen, der Metallarbeiterverband sei bereits am Ende seines Latens. Die sozialdemokratische Fraktion wird daher den Antrag ablehnen.

Arbeiterwahltag in England.

Arbeitermehrheit im Durhammer Grafschaftsrat.

London, 8. März. (Eigenbericht.)

Nach dem endgültigen Ergebnis der Grafschaftswahlen in Durham stehen 47 sozialistische Abgeordnete 27 bürgerlichen gegenüber. Der Grafschaftsrat entspricht etwa dem preußischen Provinzialparlament.

In London wurde am Donnerstag gewählt. Die Arbeiterpartei hat 108 Kandidaten aufgestellt. Drei ehemalige Ortsgruppen der Arbeiterpartei in London, die entgegen dem Parteibeschluß ihre kommunistischen Mitglieder nicht ausschließen wollten und darum selbst ausgeschlossen worden sind, haben 24 kommunistische Kandidaten aufgestellt.

Liberaler gut: Labour Party noch besser.

Ein Tag nach dem liberalen Wahltag über die Konservativen in Solihull haben die Liberalen einen zweiten Erfolg bei einer Nachwahl in Middleborough erzielt, den sie allerdings nur mit gemischten Gefühlen aufgenommen haben dürften. Denn es handelte sich um einen Sitz, der ihnen bei der Hauptwahl im Herbst 1924 mit 9424 Stimmen Vorsprung vor der Arbeiterpartei zugesallen war und den sie diesmal nur noch mit — 89 Stimmen behaupten konnten! Die Konservativen, die bei der Hauptwahl nicht aufmarschiert waren, haben diesmal eine ansehnliche Stimmenzahl aufgebracht. Daraus geht erstein hervor, daß die Liberalen vor 3 1/2 Jahren das Mandat nur dank der Hilfe der Konservativen mit so großer Mehrheit gewonnen hatten, und zweitens, daß die Arbeiterpartei seitdem gewaltige Fortschritte gemacht hat.

Die Vergleichszahlen lauten:

	1924		1928
Liberaler	16 887	Liberaler	10 717
Arbeiterpartei	7 415	Arbeiterpartei	10 628
		Konservative	8 213

Ein neuer Vorstoß der Liberalen in der gestrigen Unterhausung im Sinne der Aenderung des veralteten Wahlsystems und

der Einführung der Verhältniswahl wurde von der Regierung ablehnend beantwortet.

Dagegen hat das Kabinett die Vorlage über die Herabsetzung des Wahlalters der Frauen von 30 auf 21 Jahre — also Gleichstellung mit den männlichen Wählern — in seiner gestrigen Sitzung gebilligt.

Zusammenstöße in Aegypten.

Bei antibritischen Demonstrationen.

London, 8. März. (Eigenbericht.)

In verschiedenen Städten Aegyptens hat es am Donnerstag heftige Zusammenstöße zwischen eingeborenen Studenten und Polizei gegeben. In Kairo marschierten 1500 Studenten vor das Hauptquartier der Nationalpartei, um gegen Großbritannien zu demonstrieren. Nach amtlicher britischer Darstellung begannen die Studenten Steine auf die Polizei zu schleudern, worauf die Polizei die Demonstranten mit Stockhieben zu zerstreuen suchte. 28 Demonstranten und 8 Polizisten werden als mehr oder minder schwer verletzt gemeldet. Dem Einschreiten des Führers der Nationalpartei, Raftas Pascha, gelang es später, die Demonstranten zu zerstreuen.

In anderen ägyptischen Städten mit Hochschulen und höheren Bildungstätten kam es zu ähnlichen Zusammenstößen.

Die Samoaner freigelassen.

London, 8. März. (Eigenbericht.)

Die von den britischen Behörden wegen Organisierung einer Eingeborenenpolizei zu 6 Monaten verurteilten Samoaner sind in Freiheit gesetzt worden, obwohl sie Bognadigung abgelehnt hatten. Der britische Gouverneur begründete diese Amnestie damit, daß die Samoaner von europäischen Elementen aufgehetzt worden seien.

GC. und DB.

Die Brunnener der akademischen Reaktion.

Von Hermann Bendel.

Die deutsche Korpsstudentenschaft soll und muß bleiben, wie sie gewesen ist, biederlich und treu der Vergangenheit.

Die „Deutsche Korpszeitung“ nach dem Weltkrieg.

Zwei Vorfälle der jüngsten Zeit haben wieder einmal erschreckend ins Helle gerückt, welche reaktionärer Verbiefierung die unter der deutschen Hochschulführung ionangebenden beiden Verbände noch im zehnten Jahr der Republik befangen sind. In Heidelberg wurden einige Akademiker von der Universitätsbehörde disziplinarisch bestraft, weil sie andere Studierende, deren freihetliche Bestimmung ihnen ein Dorn im Auge war, aus einem Gasthaus hatten weisen lassen; die Rädelsführer gehörten den Burschenschaften Franconia und Bineta an. Fast zur gleichen Zeit beschimpfte auf dem Berliner Kommerzaller Korpsstudenten der „königliche Landrat a. D. v. Herzberg, nach dem Bericht der Sachverständigen, „Deutschen Zeitung“ Regierung und Republik aufs anmutigste, ohne daß einer der vielen höheren Beamten zum Zeichen des Widerspruchs die Saaltür gefunden hätte. Allerdings verhielt sich nachher der GC. oder Senioren-Convent, wie sich der Verband der Korps nennt, ein wenig anders als die DB. oder Deutsche Burschenschaft. Auf eine Anfrage des Staatssekretärs Schubert vom Auswärtigen Amt, selbst eines alten Korpsstudenten, erklärte die Kommerzleitung des GC. den Bericht der „Deutschen Zeitung“ für falsch, berief sich auf die sayungsmäßige politische Neutralität der Korps und versprach für die Zukunft noch schärfere Bindungen der Redner. Hingegen ist bisher von einer Rüsselung der Burschenschaften Franconia und Bineta durch die DB. nichts bekannt geworden, und wer sich in diesem Zusammenhang erinnert, daß führende Sozialdemokraten wie Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Bloss bis zu ihrem Tod unbehelligt „alte Herren“ eines Korps waren, während dem Sozialismus sich zuwendende Burschenschaftler gern von ihren Verbindungen hinausgeekelt wurden, mag die DB. als einen abgebrühteren antirepublikanischen Sünder ansehen als den GC. Im Grunde aber ist gehupft wie gesprungen.

Zwar entstanden die Korps vor einem Jahrhundert als unpolitische Verbindungen im bewußten Gegensatz zu den Burschenschaften, die unter den Farben Schwarzrotgold im Kampf für Deutschlands Freiheit und Einheit den akademischen Stoßtrupp darstellten. Im bismärckischen Kaiserreich aber, in dem die Bourgeoisse saturiert war, verdampfte der letzte freihetliche Spiritus der Burschenschaften, und sie ahmten mehr und mehr die Korps nach, deren unjunges Ideal „Haltung“ und „Korrektheit“ hieß. Die einen wie die anderen erschienen als akademische Vergnügungsvereine, deren Mitgliedschaft den Anspruch auf Protektion im späteren Leben sicherte, denn daß in der Beamtenhierarchie der „Korpsler“ dem „Korpsler“, der „Bursche“ dem „Burschen“ die Leiter reichte, verstand sich von selbst. Weider Gesicht war auch mehr der Vergangenheit als der Zukunft zugekehrt, denn der Zweikampf, neben dem Becherkuff die Mittelachse ihrer Tätigkeit, war im siebzehnten Jahrhundert mit dem sogenannten „Kavaliersideal“ vom Ausland her in die deutschen Universitäten eingedrungen. Weil sie solchen feudalen Schnurrpfeifereien oblagen, eine besondere „Waffenlehre“ pflegten und die Menschheit nach der „Satisfaktionsfähigkeit“ in zwei ungleiche Hälften teilten. bildeten Korps und Burschenschaften schon vor dem Weltkrieg Fremdkörper in der bürgerlichen Gesellschaft und waren allen wahrhaft wirkenden Kräften des zwanzigsten Jahrhunderts wesensfern.

Nach dem Umsturz entschied zweierlei über die Stellung des GC. und der DB. zum neuen, zum Volksstaat. Die Praxis lehrte sie, daß in einem parlamentarisch regierten Lande Borussia oder Germanenmühe eine weit bedingtere Anwartschaft auf die Vorzugsposten in der Bureantratie verließen, als ehedem; in der Republik stellten die Parteien statt der Korps die politischen Beamten; Gewerkschaftssekretäre, die keine Ahnung von einer Hafenquart hatten, wurden preußische Landräte — psi Teufel! Und das bei einem Volk, das nach einer Offenbarung der „Deutschen Korpszeitung“ „nur von oben herab und nicht von unten herauf regiert werden kann!“ Aber auch ihre überlieferte Ideologie trieb Korps und Burschenschaften in gleiche Richtung. Wer von „Waffenlehre“ schwärmt und auf den Zweikampf schwört, also im Privatleben dem Faustrecht anhängt, wie sollte der für eine Politik Verständnis aufbringen, die Swistigkeiten zwischen den Nationen ohne Blutergießen auf Grund einer internationalen Rechtsordnung zu schlichten strebt! Völkerveröhnung — diese simple Gemüter dünkte sie ganz einfach eine schlappe „Kneiferei“!

So zogen Korps und Burschenschaften, nachdem sie im November 1918 auf den damals so beliebten Boden der Tatfachen getreten waren, bald am gleichen reaktionären Strich. Wohl liegen sich anfangs im GC. Stimmen vernehmen, daß

„Die Staatsform für die Korps in keiner Weise entscheidend oder bindend“ sei, und auch in der D.B. ertönten Mahnungen, die junge Generation müsse sich „bewußt und völlig in die neue Ordnung der Dinge eingliedern“, aber in dem Taumel der Inflation gingen die letzten Reste von Selbstbestimmung über Bord und, als Kern des „Baffenrings“ und des „Hochschulrings deutscher Art“, warfen sich die großen studentischen Verbände ohne Hemmung der tobstüchtigsten Rückwärtserei in die Arme. „Völkisch“ wurde Trumpf-Blinder, verbissener Haß gegen die Weimarer Verfassung und den Völkerbund, gegen Demokraten und Franzosen, gegen die Juden, gegen Bolschewiken und Sozialdemokraten, kurz, Haß gegen alles, was ihr als „Maggismus“ erscheint, läßt die Stirnabern dieser Jugend schwellen, die sich selbst verloren hat und nur mehr im physiologischen Sinn Jugend, sonst aber vergriffen und verkalbt ist. Die Burschenschaften gefielen sich in einer Entrüstungs-groteske, als ihre ureigenen alten Farben zur Reichsfahne erlören wurden, und begeißeln das Reichsbanner, weil es gleichfalls unter Schwarztrotgold marschieret: „Burschenschaft und Reichsbanner sind unvereinbare Gegenätze“, und noch niedlicher nimmt es sich aus, wenn die Korps, diese ein- getragenen Vereine für Futtertruppenwirtschaft, der Republik, ja, der Republik „Drängen zur Futtertruppe und Stellenjägererei“ vorwerfen. Wie Schläger, die auf den Kneip-tisch niederfallen, raffelt es in der muffigen Welt des Korps- studenten und Burschenschafters von all den blechern Schlagworten der Budendorff und Hitler, und stür- mischer Jubel braust auf, wenn die gefüllten Schoppengläser auf die „vaterländischen Belange“ oder die Farben Schwarz- weißrot oder den „Tag der Rache“ oder auch den Deferteur von Doorn erhoben werden.

Die Bedeutung dieser gegenrevolutionären Organe bei der buntbemühten und -bebanderten Hochschulfugend unter- schätzt, wer etwa darläßt, daß von je hundert deutschen Studenten noch nicht zehn einem Korps oder einer Burschen- schaft angehören. Ganz gewiß malt der in die Zukunft weiße Teil der Studentenschaft keinen Zirkel hinter seinen Namen, aber S.C. und D.B. bestimmen die Haltung der an- deren „Schlagenden“ Verbände, wie Landsmannschaften, Turnerschaften, Wehrschaften, Sängerschaften, und vor allem ergießt sich aus ihrem Reservoir Jahr für Jahr mit den frischgebakenen Referendaren ein übler Strom von Re- publikfeindschaft in Verwaltungsämter, Gerichtssäle und Schulstuben. Das ist das ernste, das eigentliche Problem, das Korps und Burschen- schaften aufwerfen. Allerdings „tarn“ man in der Doffent- lichkeit diese Republikfeindschaft etwas, seit die „völkische“ Welle verweht ist und der parlamentarische Volksstaat nach längerer Dauer aussieht, als man in der Lollhausstimmung des „Marsches auf Berlin“ wähen möchte. Aber wer laßt nicht, dieses ein Redner auf dem burschenschaftlichen Wart- burgfest des letzten Jahres die Märtyrer der Urburschenschaft als Schwurzeugen gegen den Vorwurf reaktionärer Ge- sinnung anrief, den man der Generation von heute mache, und wem vergeht nicht das Lachen bei dem perfiden Satz, der die „Deutsche Korpszeitung“ in einem ihrer letzten Hefte ausließ: „Ein Bekenntnis zum Staat ist keines- wegs gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zu irgend- einer Staatsform.“ Der S.C., der seinen Beamteneid leistet, darf es also mit dem stillschweigenden Vorbehalt tun, daß er nur dem Staat, nicht der Staatsform, nicht der Re- publik Treue schwört und sich das selbige denken. Und was denken sie? Als ein alldufter Heißhörn, Justizrat Schlüter, vor nicht langem auf einem Essener Kommers alter Korpsstudenten in einem Trinkspruch die davongejagte Dynastie über den Schellenbaus lobte und mit dem Wunsch schloß, daß bald wieder ein starker Hohenzollern- kaiser über Deutschland herrschen möge, erhielt er ein paar Tage später von den S.C.-Instanzen einen Rüssel: man denke ja genau so, aber solche politischen Bemerkun- gen gehörten nicht auf einen Kommers.

Dieses kleine Vorkommnis erläutert und erleuchtet auch die Erklärung, mit der die Leitung des jüngsten Berliner Kommeres auf die Anfrage des Staatssekretärs Schuberer wegen Herbergs Rede antwortete. Finger auf den Mund! Beise! Kein politisches Geräusch gemacht! Aber im Herzen denken sie alle wie dieser hinter dem Wagen des zwanzigsten Jahrhunderts einhertorkelnde Trunkenbold der „völkischen“ Phrasen.

Interpellation Westarp.

Im Reichstag ist folgende Interpellation Westarp eingegangen:

Der katastrophale Geburtenrückgang im deutschen Volk erweckt die schwersten Sorgen für seine Zukunft. Die Bekämpfung dieser traurigen Erscheinung gehört zu den wichtigsten Staats- aufgaben. Ist die Reichsregierung sich ihrer Verantwortung auch in dieser Frage bewußt und bereit, durch eine gesunde und wirksame Bevölkerungspolitik diesen Gefahren zu be- gegnen?

Die Partei des Grafen Westarp, der christliche Volk- bürgerbund und das Bürgerblockkabinett Marx haben die Antwort im voraus gegeben. Sie haben den Reichsfonds für Kinderpeisungen aus dem Etat gestrichen und dafür die Summe für den Bau eines Panzerkreuzers eingesetzt. Läßt sich eine gesündere und wirksamere Bevölke- rungspolitik denken?

Vorstandssitzung des Zentrums.

Die Vorbereitung für die Neuwahlen.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt gestern mit den Vorsitzenden der Landesverbände und den Generalsekretären eine Sitzung ab, die aus dem ganzen Reich gut besucht war. Unter anderem nahmen auch der Reichsfinanzminister Dr. Kähler, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Dr. Wirth an der Sitzung teil.

Die Tagung wurde geleitet von dem zweiten Vorsitzenden, Stegerwald. Den größten Teil des einleitenden Referates Stegerwalds nahm die Erörterung des Problems Reich und Länder ein. In dieser Frage war bekanntlich vor einigen Wochen ein Nominationsausschuß, bestehend aus Reichstags- und Landtags- abgeordneten eingesetzt worden. Dieser Ausschuß hat ausführliche Richtlinien ausgearbeitet, die heute vom Parteivorstand genehmigt wurden. Diese Richtlinien behandeln das Problem Reich und Länder unter dem Gesichtspunkt der föderativen Grund- einstellung des Zentrums.

Am 11. April wird der Parteivorstand die Reichsliste für die kommenden Wahlen endgültig aufstellen. Ein Parteitag findet vor den Wahlen nicht mehr statt.

100 Ratten und 20 Kinder.

Ämtliche Verlegenheitsausreden.

In der Abend Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichs- tages besprach der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Hamel die von Genossen Dr. Moses angeführten angeblichen Experimente mit im Sterben liegenden Kindern. Im Augusta-Viktoria- Hospital in Charlottenburg sei bei rachitischen Kindern nur ein neues Mittel „Bigantol“ gegen Rachitis ausprobiert worden. Es sei den Kindern dabei nur die Rachitisdiät und die Höhen- sonne vorenthalten (I) worden. Die Experimental- wissenschaft habe vor der Höhe des Todes Halt zu machen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache bemerkte Reichsinnen- minister v. Kumbell zur Frage des Entschuldigungs- gesetzes für die Privatassisen, daß das Gesetz dem Kabinett vorgelegt sei. Der Minister widersprach der Auffassung, als ob das Jugendgesetz nicht der Verfassung entspreche, er hoffe, daß dieser Reichstag es noch verabschieden möge.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Hamel teilte in Er- gänzung seiner Erklärungen noch mit, daß die rachitischen Kinder,

die mit dem neuen Mittel „Bigantol“ behandelt wurden, sämtlich geheilt worden seien. Die Ausdruckweise in der Veröffentlichung sei allerdings ungeschickt und lieblos gewesen.

Ministerialdirektor Brecht (Preußen) hat, den von der Reichs- regierung nicht übernommenen Beschlüssen des Reichsrates über die Einstellung von 20 Millionen für die östlichen und 6 Millionen für die westlichen Grenzgebiete zugestimmt. Das Not- programm berücksichtigt fast ausschließlich die Landwirtschaft, dagegen nicht die Folgen der Grenzziehung. Auch im Westen gebe es solche Schäden zu erleiden.

Eine längere Aussprache knüpfte sich schließlich noch an die Ent- schließung der Deutschen Volkspartei, durch Benchmen mit den Ländern dahin zu wirken, daß erstens der Religionsunterricht in den Schulen nach den Bestimmungen der Reichsverfassung erteilt wird und zweitens im gesamten Unterricht die religiösen Gefühle der Kinder nicht verletzt werden. Darauf wurde die allgemeine Aussprache geschlossen.

Amnestiedebatte im Rechtsausschuß

Die Deutschnationalen verteidigen die Fememörder!

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Schaffung einer Reichsamnestie. Den Beratungen lag ein kommunistischer Antrag zugrunde, allen wegen poli- tischer Verbrechen oder Vergehen von Gerichten des Reiches oder der Länder abgeurteilten Personen Straffreiheit zu gewähren und von dieser Straffreiheit nur diejenigen auszuschließen, die sich an Mordtaten oder Mordverschwörungen beteiligt haben.

Abg. Geßler (Komm.) begründete diesen Antrag mit der Recht- sprechung vieler Gerichte, welche die Kommunisten zu schweren Strafen, Rechtsradikale aber nur gering bestraft hätten.

Abg. Schalte (Z) machte darauf aufmerksam, daß der komm- nistische Antrag auch Urteile der Ländergerichte betreffe und daß damit die Frage der Zuständigkeit des Reiches aufgeworfen werde.

Abg. Coerling (Dnat.) wies darauf hin, daß auch in natio- nalen Kreisen die Amnestie gefordert würde, vor allem für solche Verurteilte, die in den schwersten Zeiten des Landes auch Mord- taten begangen hätten. (Zuruf links: selbe Mörder!) Diese Männer hätten in Zeiten höchster Not sich vergangen und sie sollten amnestiert werden. Eine Ausnahme wünschten die Deutschnatio- nalen nur für diejenigen, die wegen Landesverrats oder Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt seien.

Abg. Pfleger (Bayer. Sp.) erklärte, daß es richtiger sei, in ge- eigneten Fällen zu begnadigen, als eine allgemeine Amnestie zu erlassen. Es würde auf die Rechtspflege schädlich wirken, wenn die Amnestie auch solche Urteile betreffe, die wegen Mordes erst vor wenigen Monaten erlassen seien.

Genosse Dr. Koenigsfeld

erklärte für die Sozialdemokratische Fraktion, daß sie sich immer für eine allgemeine Amnestie ausgesprochen habe, und daß sie daher auch jetzt alles daransetzen werde, eine allgemeine Amnestie zustandzubringen. Besonders die Rechtspflege wegen Hochverrats gegen die Kommunisten und die wegen Landes- verrats sei geradezu unerträglich, zumal die Anwendung des Hochverratsparagraphen gegen rechts, insbesondere im Fall Claab, vollständig versagt habe. Die unterschied- liche Behandlung gegenüber rechts und links erheische dringend eine Amnestie. Im Falle Holz müsse endlich gehandelt werden, allerdings besser im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens, da das Wiederaufnahmegesetz von Holz doch offensichtlich begrün- det sei.

Was die Zuständigkeit des Reiches gegenüber Ur- teilen der Ländergerichte betreffe, so habe auch das Reichs- justizministerium diese Zuständigkeit in Übereinstimmung mit der Sozialdemokratischen Partei immer angenommen.

Die Angst, die Angst!

Reaktionäre Verbeugungen vor der Arbeiterschaft.

In der gestrigen Reichstagsitzung wetteiferten Herr Quack, der Deutschnationale, und Herr Mittelmann, der Volksparteiler, in Verbeugungen vor der Arbeiterschaft.

Ein Deutschnationaler und ein Volksparteiler? Nun ja, die Wahlen stehen vor der Tür.

Herr Mittelmann hatte am Mittwoch die sachliche Befähigung des Reichsverkehrsministers Dr. h. c. Koch be- zweifelt. Also sprach am Donnerstag Herr Quack, aus- gerechnet Herr Quack:

„Ich kenne keinen häßlicheren Hochmut als den der Bildung. Es kommt nicht darauf an, auf welcher Schule jemand gewesen ist, sondern: was er kann. Die Schule des Lebens ist das wichtigste. Es ist geradezu notwendig, daß ab und zu ein Nichtfachmann ins Ministerium kommt.“

Goldene Worte, die die Sozialdemokraten durch kräftige Zurufe unterstrichen.

Indessen, Herr Mittelmann sprach ebenso goldene Worte. Er höhnte die Deutschnationalen ob ihrer plötzlichen Beteuerung. Wie konnten sie, so hielt er ihnen mit beißen- dem Spott vor, jahrelang so trefflich schmähen über den Sattlergesellen Ebert und den Schlosser Se- vering! Jeden sozialdemokratischen Arbeitersekre- tär, der Landrat wurde, riß die deutschnationale Presse herunter, verhöhnend die deutschnationalen Redner in den Parlamenten. Fachminister war die große Lösung der Deutschnationalen. Und nun fordert ein deutschnationaler Redner Nichtfachleute für dieses und jenes Ministerium!

Kräftige sozialdemokratische Zustimmung unterstrich diese Abrechnung.

Der ganze Reichstag nahm teil an diesen Verbeugungen

Man habe nur wegen des Widerspruchs Bayerns vermieden, die Frage zur Entscheidung zu bringen. Gegenüber den deutschnatio- nalen Ausführungen hob unser Redner hervor, daß es sich für die Deutschnationalen doch nur um die Fememörder handle. Diese aber seien selbe Mörder, die in brutaler Weise Men- schen abgeschlachtet hätten und deshalb gewiß nicht Anspruch auf milde Behandlung hätten. Es sei ausgeschlossen, daß die Sozial- demokratische Partei einer Amnestie zustimme, die nicht auch die wegen Landesverrats Verurteilten betreffe.

Herr von Nöhlde erklärte für die bayerische Regie- rung, daß nach der Reichsverfassung das Reich nicht das Recht habe, eine Amnestie zu erlassen, die sich auch auf Urteile der Länder- gerichte beziehe.

Abg. Coerling (Dnat.) protestierte gegen die Ausführungen des Genossen Koenigsfeld über die Fememörder. Diese sozialdemokratische Hege sei eines der für die Sozialdemokratie notwendigen Mittel, gegen die Deutschnationalen zu kämpfen, worauf sie anscheinend wegen Mangels anderer Argumente nicht verzichten könne.

Genosse Landsberg trat dem deutschnationalen Redner ent- gegen. Es handle sich bei den Fememördern um gemeine, niederträchtige Mordtaten, bei denen die Mörder Menschen, die ihnen verhaßt waren, das Recht auf das Leben ab- gesprochen und den Mord in einer infamen Weise aus- geführt hätten. Man habe Menschen unter falschen Angaben an verstaubte Orte gelockt, mehrere hätten sich auf einen Menschen gestürzt und ihn abgeschlachtet. Keiner der Mörder habe sich später zu seiner Tat bekannt, vielmehr hätten sich alle in feiger Weise gedrückt. Und da stelle sich im Rechtsausschuß des Reichstages ein Mann hin, der noch dazu selbst Anwalt des Rechts sein wolle, und erlaube sich sogar, denen, die sich über die Morde entrüsteten, eine Hege vorzuwerfen. Da zeige sich, daß sich eine Verwil- derung der Auffassung auch anders äußern könne als in der Begehung von Mordtaten!

Reichsjustizminister Heerg wies darauf hin, daß die Amnestie im deutschen Volke starke Bedeutung gewonnen habe. Was die Zuständigkeit des Reiches betreffe, so sei diese Frage rechtlich bestritten. Das Reich würde allerdings in der Lage sein, eine Am- nestie auch bezüglich der Ländergerichte zu erlassen, es sei aber richtiger, auf die Länder Rücksicht zu nehmen und sich mit ihnen zu verständigen. Die Regierung könne einer Amnestie nur nähertraten, wenn sie einheitlich von allen Seiten verlangt werde. Das sei heute offenbar noch nicht der Fall und deshalb könne die Regierung heute nur eine abwartende Stellung einnehmen.

Die Weiterberatung wurde alsdann auf heute vertagt.

vor der Arbeiterschaft. Es fehlte nicht viel, so hätte er sich zu Ehren der Arbeiterschaft von den Sigen erhoben.

Verbeugungen, von der Wahlangst erpreßt. Wie sie es meinen, wird man nach den Wahlen erleben. Inzwischen werfen die Berliner Metallindustriellen die Arbeiterschaft auf das Pflaster, damit kein Zweifel über die wahre Gesinnung sich einschleiche.

Frankreichs Zarenhilfe gestrichen.

Sechs Milliarden Franken hinausgeworfen.

Paris, 8. März. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat am Dienstag über die Tilgung der von der Bank von Frankreich auf Rechnung des Staates während des Krieges Rußland gewährten Kredite verhandelt. Der sozialistische Abg. Baron wies darauf hin, daß diese Gelder auch zur Subventionierung von Denikin und Koltschat verwendet worden seien. Das bestritt die Regierung. Curial forderte im Namen der sozialistischen Fraktion, daß die Vorlage bis zur all- gemeinen Regelung des Verhältnisses zwischen der Bank von Frankreich und dem Staat vertagt werde. Unter Stellung der Ver- trauensfrage bekämpfte Poincaré eine Vertagung, da die Tilgung dieser 6 Milliarden Franken zu den Voraussetzungen der Stabilisierung des Frankens gehöre. Die Kammermehrheit genehmigte darauf das Gesetz unversändert.

Der Abbé Lemire, eine der ältesten und interessantesten Persön- lichkeiten des französischen Parlaments, ist gestern im Alter von 75 Jahren gestorben. Obwohl katholischer Geistlicher, gehörte er der politischen Linken an und erfreute sich auch in antikirchlichen Kreisen größten Ansehens, während er mit seinem bischöflichen Vor- gesetzten wiederholt in Konflikt geriet. Er war einer der wenigen „Christlichsozialen“ Frankreichs. In den letzten Jahren stand er an der Spitze der internationalen Bewegung zur Förderung der Arbeitergärten. Lemire war der einzige Abgeordnete, der beim Bombenattentat des Anarchisten Vaillant in der französischen Kammer vor 33 Jahren verlegt wurde.

Monarch Rupprecht in der Republik. Der bayerische Extronprinz gibt Interviews.

Der deutschamerikanische Monarchist George Sylvester Viereck veröffentlicht in der großen ungarischen Tageszeitung „Pesti Napló“ ein kurioses Interview mit dem Extronprinzen Rupprecht, das die Möglichkeit der Errichtung der bayerischen Monarchie im Rahmen der Republik behandelt. Rupprecht ist natürlich für die Monarchie, ganz speziell für die bayerische, da er geht noch um einen Schritt weiter. Die deutsche Republik kann ruhig weiter bestehen, wenn auch Bayern eine Monarchie wird, denn Rupprecht beginnt zu erklären:

„Die beiden (Monarchie und Republik) sind so ganz und gar nicht unvereinbar. Als es noch ein deutsches Kaiserreich gab, hatten wir drei deutsche Republiken, die drei Hansestädte: Hamburg, Bremen und Lübeck. Und damit ich ein weniger wichtiges Beispiel aufführe: das Herzogtum Monaco gehört, was die Verwaltung anbetrifft, zur französischen Republik.“

Nachdem er diese Frage so vortrefflich erledigte, bricht Rupprecht eine Lanze für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Allerdings, bei dem Begriff „Völker“ befreit er eine äußerste Weisheitsgrenze. Er sagt: „Eine Einrichtung, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker ehrt, ist nicht geeignet, die Reibungsflächen zu erhöhen. Die bayerische Monarchie war immer demokratisch.“

Nachdem er noch die „Schäden des schrankenlosen Parlamentarismus in Ländern, wo die Industriebesitzung überwiegt“, schildert, fährt er fort in seinen Betrachtungen: In Deutschland soll ein jedes Land, ein jeder Staat sein eigenes Leben leben und mit der größtmöglichen Autonomie ausgestattet werden... Das Zentralparlament soll sich in Einzelangelegenheiten der Bundesstaaten nicht hineinmischen. Eine jede Provinz soll vollständige Autonomie besitzen. Das ist kein Partikularismus, sondern gesunder Menschenverstand.“

Zuletzt erklärt Rupprecht, daß Bayern nicht aus dem deutschen Staatenbund austreten, aber die Weimarer Verfassung seinem Bedarf anpassen wolle.

Rupprecht wird sich mit seinen Ansprüchen an die Revision der Verfassung noch etwas gebulden müssen. Was seinem Freunde Rahe im Herbst 1923 nicht gelang, wird im Jahre 1928 schon gar nicht mehr gelingen. Selbst die „demokratische“ Monarchie Willebrandts ist im Rahmen der Republik unmöglich. Das hätte ihm selbst der Allerwärts-Epistelbogen folgen können.

Reichsrat und Gefrierfleisch.

Die Kürzung des Kontingents angenommen.

Der Reichsrat nahm gestern den Gesetzentwurf über den Verkehr mit Schusswaffen und Munition mit Mehrheit an. Der Reichsrat genehmigte ferner den Entwurf einer Eichordnung für Binnenfahrzeuge auf deutschen Wasserstraßen und die Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Beamtenbesoldungsgesetz, sowie eine Verordnung über Zollbefreiungen im kleinen Grenzverkehr mit Dänzig.

Angenommen wurden eine Novelle zum Zolltarifgesetz und ein Gesetz über zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch. Die Novelle zum Zolltarifgesetz bestimmt, daß auch bei der Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch Einfuhrzölle erteilt werden sollen. Das Gesetz über zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch setzt die jährliche Menge des zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches auf 50 000 Tonnen herab. Die Reichsratsentscheidungen haben nur rein formale Änderungen an den Vorlagen vorgenommen. In der Vollversammlung wurde ein Antrag Oberbairns, die Menge des zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches noch weiter herabzusetzen, nicht genügend unterstützt.

Die genannten Vorlagen wurden von der Vollversammlung mit Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten unter anderem die Vertreter der Hansestädte.

Reichsrat gegen Rentenbauwesen.

In den Ausschuhberatungen des Reichsrats haben sich fast alle Länder gegen die Schlei-Borlage erklärt, die der Rentenbankfremdenbank neue Befugnisse erteilt. Die Vorlage mußte deshalb von der Tagesordnung der Plenarsitzung abgelehnt werden.

Der Glendzug in Dänemark.

Die Rolle des Leutnants Raas.

Kopenhagen, 8. März. (Eigenbericht.)

Nach der südjütischen Weise sind 50 Polizisten zur Verstärkung der britischen Sicherheitswache geschickt worden, um den Zug der 500 Arbeiter und Obdachlosen nicht weiter nach Norden bringen zu lassen. Am späten Abend wird aus West gemeldet, daß die Demonstration die Auflösung des Zuges beschlossen hätten, zumal er ja seinen Zweck erreicht hat, die Öffentlichkeit auf das Arbeiterelend in Südjütland aufmerksam zu machen. Da jedoch zwei bekannte Kommunisten aus Kopenhagen in West eingeschlossen sind, besteht die Vermutung, daß sie versuchen werden, die Auflösung des Zuges zu verhindern.

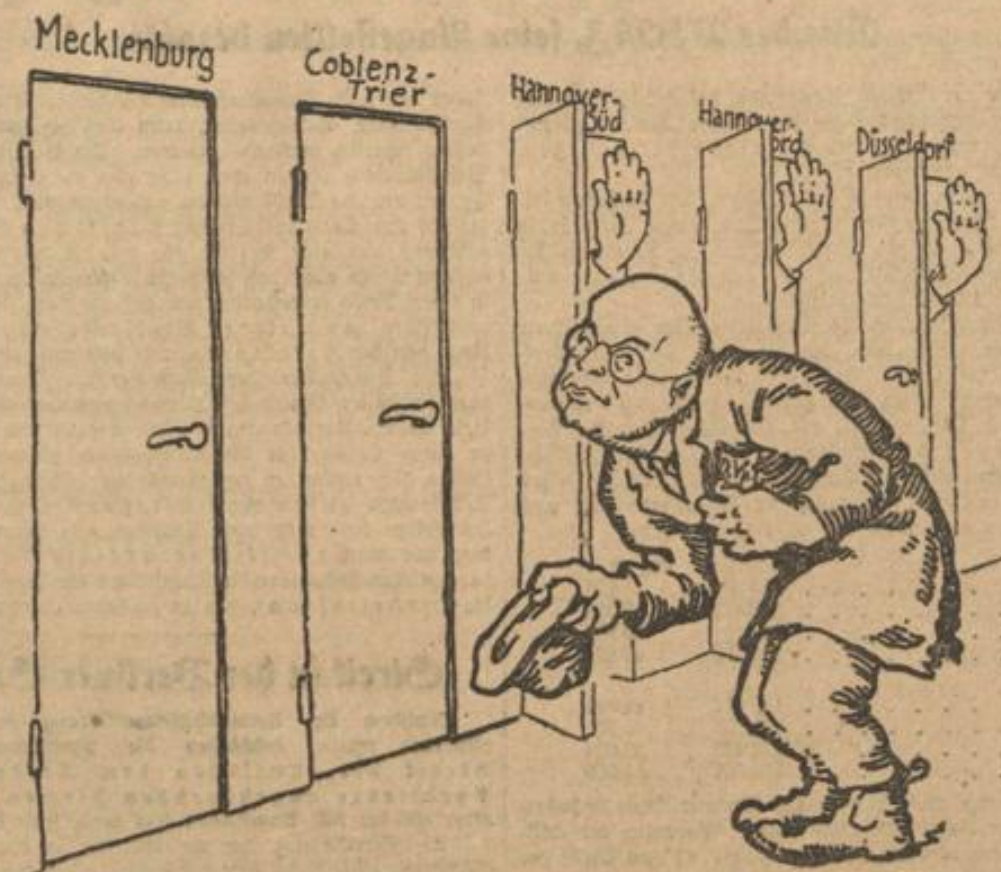
Was den Leutnant Raas betrifft, den Führer des Zuges, so ist dieser Magerkörper seit einem Jahre beurlaubt und seit dieser Zeit Vertreter einer Fallschirmfabrik, deren Produkte er auch in Italien und Spanien vorgeführt hat. Er gilt als ein ganz einwandfreier Mensch und soll bei den Arbeitern jener Gegend in Südjütland sehr populär sein. Das Kopenhagener Kommunistenblatt beschimpft ihn als Faschisten und auch sonst, offenbar deshalb, weil er es als seine Aufgabe betrachtet hat, die Demonstrationen von jeder Unübersichtlichkeit oder gar Gewalttätigkeit abzuhalten und sie sogar demogen hat, jeden politischen Anstrich von ihrem Unternehmen fernzubehalten.

Das Gerücht vom heiligen Krieg Jhn Sands hat sich, wie das Sekretariat der Regierung von Palästina bekanntgibt, nicht bestätigt.

Ein Rekordskandal in der rodnagewohnten südjütischen Skulptur entstand begreiflicherweise, als der wandlungsfähige Kroatener Raditsch — Republikaner, Autonomist, Königsdiener, Minister, Rosenkranz usw. — ausrief, Serbien habe den Krieg gegen Mitteleuropa gewollt, um aus West zu gelangen!

Wallagerhebung im Fernfeld Legner. Nachdem vor einiger Zeit in dem Panoramabühnen Legner die Voruntersuchung gegen Reim und Böh abgeschlossen worden war, ist jetzt gegen sie die Anklage wegen Mordes erhoben worden.

Luther auf der Wahlkreisfuche.



Na, haben Sie nicht ein abgelegtes Mandat?

Zum 19. Male Optantendebatte!

Rededuess Apponyi—Titulescu vor dem Rat. — Noch keine Einigung.

W. Schw. Genj, 8. März. (Eigenbericht.)

Die ersten Stunden der heutigen öffentlichen Sitzung verbrachten die 15 Ratsmitglieder damit, zum Fenster hinaus Spanien und Brasilien ihrer Sympathien zu versichern. Denn diese beiden großen, um den Klub der Nationen sonst so verdienten Völker haben, als Deutschland in den Klub und auch gleich in den Klubvorstand eintrat, gefündigt. Obwohl die Weisheit der Klubgründer eine zweijährige Kündigungsfrist vorsieht und diese Frist demnächst abläuft, hat noch keine der beiden lateinischen Nationen sich auf ihre internationale Pflicht zur Rückkehr in die Völkergemeinschaft besonnen. Da soll eine Ratseinsiedlung den moralischen Stoß geben. Man nimmt an, daß Spanien, wenn man ihm allseitig einen halbständigen Sieg, wie Polen ihn einnimmt, zusichert, reumütig in den Schoß der heiligen Mutter von Genf zurückkehrt.

Den Rest des Tages verbrachte der Rat damit,

zum 19. Male Apponyi und Titulescu wegen der Optanten

anzuhören. Es sei hier noch einmal der Tatbestand kurz dargestellt: Die Optanten sind in diesem Falle Ungarn, die in Siebenbürgen lebten und Besitz hatten, aber ungarische Staatsangehörige blieben als Rumänen sich Siebenbürgen einverleibte. Der Friedensvertrag — von Trianon — steht zu ihren Gunsten vor, daß sie, weil sie Ungarn sind, enteignet werden dürfen. Nun aber haben die Rumänen, im Gegensatz zu den Ungarn, eine revolutionäre Agrarreform durchgeführt. Das bedeutet, daß sie gleichmäßig auf Ungarn und Rumänen angewandt wurde. Die Ungarn erklärten jedoch, daß nicht nur die Großgrundbesitzer, sondern auch Bauern und ganz kleine Besitzer enteignet wurden, sogar entschädigungslos enteignet wurden, weil sie Ungarn waren. Sie waren also nicht aus sozialen, sondern aus nationalitätlichen Gründen von den rumänischen Herren des Landes wirtschaftlich vernichtet worden. Nun existiert zwischen Ungarn und Rumänen — wie zwischen Deutschland und den Alliierten — ein „gemischtes Schiedsverfahren“, das über Vermögensstreitigkeiten aus der Kriegszeit entscheidet. Vor dem Schiedsgericht klagen 300 Ungarn in Siebenbürgen auf Entschädigung wegen ihrer Enteignung. Das Schiedsgericht erklärte sich für zuständig, über ihre Klage ein Urteil zu fällen, also die rumänische Regierung zur Zahlung der vollen Entschädigung zu verdonnern. Da zog Rumänien seinen Richter aus dem Schiedsgericht zurück, um es zum Aufhören zu bringen und zu verhindern, daß Rumänien verurteilt wird. Als eine Angelegenheit, die den internationalen Frieden bedroht, brachte Rumänien (Art. 11) den Streit vor den Rat und Ungarn forderte den Rat auf, einen Ersahrichter, wie der Friedensvertrag für solche Fälle vorsehe, zu ernennen, um das Schiedsgericht wieder in Gang zu bringen und Entschädigungen einfließen zu können. Der Rat machte im vergangenen Jahre viele Vermittlungsversuche, aber er konnte sich nicht einmal auf einen ihm von Chamberlain unterbreiteten Vorschlag einigen. Rumänien nahm die Anregung Chamberlains zwar an, Ungarn aber lehnte sie ab. Beide Parteien bleiben hartnäckig auf ihrem Standpunkt: Ungarn will für seine Großgrundbesitzer Entschädigungen einfließen können; Rumänien will das nicht zulassen.

Ungarns moralische Stellung in Genf war gestern morgen denkbar ungünstig. Es war ein Schreiben des Monarchgenerals Tanczos an den Ratspräsidenten bekannt geworden, in dem er zugab, gestern dem Rat nicht die Originalnachricht der geschmuggelten Raschlingengewehre, sondern Kopien vorgelegt zu haben. Hätte Weisheit wieder den verlassenen ungarischen Militär-Politiker vor den Rat geschickt, so wäre seine Sache verloren gewesen. Heute aber eskalierte ein

83jähriger Patriarch Graf Apponyi

vor dem Rat, der in einem zweistündigen, in tadellosem Französisch vorgetragenen, meisterhaft aufgebauten Plädoyer den Rat aufforderte, einen Ersahrichter zu ernennen oder, wenn die Frage der Zuständigkeit zweifelhaft sei, den Haager Gerichtshof um ein Gutachten darüber zu bitten, ob das Schiedsgericht für die Entschädigungsklage der Ungarn in Siebenbürgen zuständig sei oder nicht.

Gegen die Argumentation des ewigen „Jünglings“, wie ihn Titulescu nannte, kam er nicht auf.

Titulescu

sprach wie ein demagogischer Anwalt vor dem Gericht einer Kleinstadt, in der er um Popularität buhlt. Er hat in Rumänien keine Partei hinter sich. Seine politische Existenz hängt von dem Erfolg seiner Advokatenkunst in Genf ab. Es wurde aus seiner Argumentation insbesondere klar, daß seine Behauptung, die ganze rumänische Agrarreform läge in Gefahr, ohne ersten Hintergrund ist, denn es gibt ja erstens gegenüber anderen Staaten gar keine Optanten vor dem Schiedsgericht, die auf Entschädigung klagen könnten. Zweitens hat Rumänien englische und französische Großgrundbesitzer in Bessarabien in Gold entschädigt, ohne dagegen geltend zu machen, daß seine eigenen Großgrundbesitzer dann entschädigt werden müssen, und drittens kann Rumänien offensichtlich nicht bestreiten, daß in

Ukrainien und Siebenbürgen zweierlei verschiedenes Agrarrecht angewandt

wird. So enthielt die Rede Titulescus eben mehr die Schwere seiner Argumentation, als daß sie überzeugend wirkte. Seine Fittelstimmte Übersetzung sich, sein ewig fröhlicher, fels in einem Wintermantel geküllter Körper wandte sich nach beiden Seiten, seine mongolischen Augen und Lippen girrien nach Belial. Kein anderes Ratsmitglied kam mehr zum Wort. Um 6½ Uhr ging der Rat ratlos auseinander, um morgen früh weiterzutagen.

Aber wenn die verantwortlichen Führer von fünf großen Nationen, wenn 15 Staatsmänner und Diplomaten, wenn 50 Staatssekretäre, Ministerialdirektoren und Geheimräte von Auswärtigen Ämtern und 200 Journalisten zum neunzehntenmal intensio einer Debatte folgen, so handelt es sich wirklich nicht darum, ob Rumänien an einige hundert ungarische Großgrundbesitzer oder Kleinbauern 10 oder 50 Millionen Goldstücke Entschädigung zahlt, sondern es handelt sich hier einmal um den großen Kampf zwischen Macht und Recht, zwischen absolutistischer Großmachtpolitik auf der einen Seite und internationaler großer Schiedsgerichtsbarkeit auf der anderen.

Der ganze Streit wäre schon längst erledigt, wenn der Rat sich entschließen könnte, seine Vermittlungsversuche zu unterlassen und statt diplomatische Ruffenspolitik zu treiben, ein Rechtsgutachten des internationalen Gerichtshofes einzufordern. Das will aber vor allem das heute so reaktionär registrierte England nicht. Es sabotiert die Schiedsgerichtsbarkeit, wo immer es nur kann. Aber auch die anderen Hauptmächte wollen am liebsten von der Souveränität ihres Rates kein Stück zugunsten der Autorität des internationalen Gerichtshofes aufgeben. Kompliziert wird die Frage dann auch noch dadurch, daß die Ratmächte sich

nicht einmal über eine Vorfrage einig

sind, nämlich, ob der Rat einstimmig oder mit Mehrheitsbeschluß nur ein Gutachten von seinem Gerichtshof einfordern kann. Diese Frage ist bisher noch niemals in dieser klaren Form aufgetaucht. Sie müßte jetzt das erste Mal für alle zukünftigen Fälle mitentschieden werden.

Gegen den Gedanken aber, den Haager Gerichtshof zu fragen, ob sie ihn nur alle gemeinschaftlich oder ob eine Mehrheit von ihnen gegen eine Minderheit um ein Gutachten fragen dürfen, gegen diesen Ausweg aus ihren unuren imperialistischen Kämpfen wehren sich nicht nur die Großmächte, sondern auch ihre juristischen Berater. Denn das hieße wieder zugunsten des Haager Gerichtshofes auf ein Stück Souveränität, auf ein Stück eigener Rechtspolitik verzichten. Deutschlands Stellung in diesem Konflikt zwischen Machtpolitik und Rechtspolitik sollte klar sein. Deutschland hat als einzige Hauptmacht die Schiedsgerichtsbarkeit des Haager Gerichtshofes unterschrieben und ratifiziert. Es würde von seiner bisherigen Politik abirren, wenn es jetzt nicht endlich erklärte, im Rat für das Gutachten des Haager Gerichtshofes, sei es über die Vorfrage, sei es über die Kompetenzfrage zu stimmen. Politik des Rechts oder Politik der Macht — das ist wieder die Frage. Die Entscheidung der deutschen Delegation in Genf kann nicht zweifelhaft sein, wenn sie die nationalen Interessen im internationalen Völkerbund zu erkennen und dieser Erkenntnis entsprechend zu handeln vermag.

Um eine Million.

Ein großer Schadensersatzprozess gegen die Reichsdruckerei.

Seit längerer Zeit, und zwar seit dem Winter 1926 bis 1927 ist die Reichsdruckerei in einem großen Schadensersatzprozess verwickelt, von dem die Öffentlichkeit, der man aus gewissen Gründen diesen Rechtsstreit bisher verheimlicht hat, erst jetzt Kenntnis erhält, obgleich er außerordentliches Interesse verdient.

Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als die Frage, ob die Reichsdruckerei die heute in Deutschland im Umlauf befindlichen Banknoten in widerrechtlicher Form, nämlich unter Verletzung von Patentrechten eines privaten Erfinders, herstellt. Es sind zwei Patente, die ein Chemiker Lampel und seine Frau für ein in gemeinsamer jahrelanger Arbeit entdecktes Verfahren erhalten haben, durch das die Fälschung von Banknoten auf eine ganz neuartige Weise unmöglich gemacht werden soll. Die Reichsdruckerei hatte für diese

Erfindung des Ehepaares

großes Interesse gezeigt, und es war zu Verhandlungen über den Ankauf des Patenten gekommen, die nach dem Tode des Chemikers mit seiner in den sechziger Jahren stehenden Gattin, als der alleinigen Inhaberin des Patenten, später auch mit einer von Frau Lampel mit der Wahrnehmung ihrer Interessen betrauten Wertpapierdruckergesellschaft gepflogen wurden. Noch während diese Verhandlungen im Gange waren, begann die Reichsdruckerei mit der Herstellung der seit der Stabilisierung der deutschen Währung gebräuchlichen Banknoten nach einem Verfahren, das nach Ansicht der Frau Lampel zum mindesten zum großen Teil, wenn nicht in seinem ganzen Umfange durch die erwähnten Patente des Erfinderehepaares geschützt war, ohne daß die Reichsdruckerei tatsächlich irgendein Verfügungsrecht hinsichtlich der Ausnutzung dieser Erfindung erworben hatte. Auf dieser Feststellung, deren Richtigkeit natürlich Frau Lampel beweisen muß, basiert nun der von ihr zunächst in einer Höhe von einer Million Mark angestrengte Schadensersatzprozess gegen die Reichsdruckerei, nachdem eine zuvor eingereichte

Klage auf Unterlassung des Banknotendruckes

aus dem naheliegenden Grunde abgewiesen worden war, daß dem Staat naturgemäß die Herstellung von Banknoten nicht unterlagt werden könne.

In dem Zivilprozess, den Frau Lampel auf Armenrecht

führt, dürfte Mitte des kommenden Monats die Entscheidung gefällt werden. Für den Fall, daß ihrer Klage stattgegeben werden sollte, würde Frau Lampel natürlich ihren vollen Schaden, der die jetzt geforderte Summe bei weitem nach ihrer Berechnung übersteigt, von der Reichsdruckerei einlagern. Auf der anderen Seite hat die Reichsdruckerei gegen diese Patente eine Nichtigkeitsklage angestrengt, ist aber vor kurzem in letzter Instanz damit kostenpflichtig abgewiesen worden.

Mutter und Tochter . . .

Warenhausdiebinnen aus Rot.

Es waren traurige soziale Verhältnisse, die durch die Verhandlungen, die teils vor dem Jugendgericht gegen Anni B., teils vor dem Amtsgericht gegen deren Mutter Maria B. gestern und vorgestern stattgefunden, entrollt wurden.

Die Mutter hatte bessere Tage gesehen und in Lodz ein gutgehendes Theater besessen. Sie war aber aus Polen ausgewiesen worden, angeblich, weil sie ihre Deutschfreundlichkeit zu offen zur Schau getragen hätte. Es soll auch noch eine Schadenersatzklage gegen den polnischen Staat schweben. Durch diese widrigen Umstände war die Familie, die nach Berlin gekommen war, in bitterste Not geraten. Von Hunger gepeinigt, versanken Mutter und Tochter auf den Gedanken, Lebensnotwendigkeiten zu beschaffen. Sie machten erfolgreiche Beutezüge durch verschiedene Warenhäuser, bei denen sie Seidenstoffe, Schläpfer und Kleider stahlen. Schließlich wurden sie auf frischer Tat abgefaßt, als sie das Pech hatten, daß ihnen eine Tüte aus der Tasche fiel. Eine Detektivin sah, daß Seidenstoffe herauslugten, und ließ die beiden Frauen festnehmen. Unter Tränen waren sie auch geständig.

Gegen die Tochter wurde vor dem Jugendgericht 1 Monat Gefängnis und Unterbringung in der Fürsorgeerziehung beantragt. Rechtsanwält Dr. Georg Löwenthal bestritt, daß die jugendliche Angeklagte die nach dem Jugendgesetz erforderliche Verschonungsmaßnahme für ihre Tat gehabt habe, und verlangte Straflosigkeit. Das Jugendgericht begnügte sich damit, dem Mädchen eine Buße von 30 Mark aufzuerlegen.

Das Amtsgericht verurteilte die Mutter, gegen die 6 Wochen Gefängnis beantragt worden waren, zu 100 Mark Geldstrafe.

In den Tod getrieben!

Der Polizeibericht Chronik der Selbstmorde meldet: „Ins Wasser gegangen wegen unheilbarer Krankheit“, „Erhängt wegen Liebeskummer“, „Mit Gas vergiftet wegen bevorstehender Ermittlung“.

Der letzte Fall macht stutzig. Es handelt sich um eine ältere Frau. Das nächste ist der Weg zum Unglücksfall, das im Berliner Norden liegt, am Wedding, in einer Straße, die an einen Friedhof grenzt. Das Unglück hat einen Kreis von Erregung um sich gebreitet. Vor dem Hause, im halbdunklen Hausflur und auf dem feuchten Asphalt des Straßendamms sind zwei Wagenspuren zu sehen: Die Leiche der Frau ist loeben zum Schauhaus gefahren worden. Und dann erzählt man die erschütternde Geschichte: Im Seiteneingang des Hinterhauses hat die Unglückliche mit ihrem Mann in einer Wohnung gewohnt, die aus einer Stube und Küche besteht. Diesen engen Raum teilten sie auch noch mit einer Untermieterin. Der Mann ist Schneider, der, wenn er nicht alles vertrunken hätte, sich und seine Frau vor der Not hätte bewahren

können. Aber er trank nicht nur, er trieb sich nicht nur herum, er mißhandelte seine Frau auch, die wegen ihres guten Lebens bei allen beliebt war. Die materielle und seelische Not der Frau, die sich in einem Verzweiflungskampf zerriss, wuchs und wuchs. Seit vielen Tagen hat sich der Mann nicht mehr sehen lassen. Der Hauswirt forderte die Miete für mehrere Monate. Drohte mit einem Pfändungsbefehl. Jog ihn zurück, als das Wohlfahrtsamt das Geld hinterlegte. Aber auch diese Hilfe konnte die unglückliche Frau nicht mehr an das Leben, das für sie eine Hölle war, binden. Sie brach unter der Last ihres Schicksals zusammen.

In später Abendstunde wurde sie in der gasgefüllten Küche tot aufgefunden.

Der Mann, der seine Frau in den Tod getrieben hat, ist verschwunden. Der einzige Sohn, der in der Nacht auf einem Dorf als Aushilfer arbeitet, ist durch ein Telegramm gerufen worden. Nun steht er fassungslos im Totenzimmer, riecht den Gasgeruch, grübelt über den Martiertod seiner Mutter — und versucht in seinem Herzen den Vater . . .

Schnee und Temperatursturz!

Kalter Vorfrühling.

Nach der schönen Wetterperiode, die uns fast 14 Tage lang sonniges und frühlingsmäßiges Wetter gebracht hat, ist in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ganz plötzlich ein Wetterumschlag eingetreten. Die Quecksilbersäule rutschte von + 12 Grad bis kurz über den Gefrierpunkt, und während des gestrigen Tages gingen infolge der Abkühlung der höher gelegenen Luftmassen erhebliche Niederschläge in Form von Schnee nieder. Ein starkes Schneetreiben hielt bis in die siebente Abendstunde an. Während sich in der Innenstadt der Schnee bald in den bekannten, wenig angenehmen Matsch verwandelte, wurden die Außenbezirke, Plätze und Parkanlagen in leichtes Weiß gekleidet. Dem Auge bot sich noch einmal eine Winterlandschaft. Vielleicht die letzte in diesem Jahr!

Die durch den Schnee und Matsch schlüpfig gewordenen Bürgersteige und Fahrdämme hatten auch gleich wieder eine Anzahl von Stürzen und Verkehrsstörungen zur Folge. Auf den Städtischen Rettungsstellen wurden mehrere Personen behandelt, die sich beim Fallen Verletzungen zugezogen hatten. — Allein sechsmal mußte die Feuerwehr ausrücken, um Pferde, die infolge der Glätte zu Fall gekommen waren, zu „heben“.

Der amtliche Wetterdienst

äußert sich hierzu folgendermaßen: Das Hochdruckgebiet, das während der letzten 14 Tage über ganz Deutschland lagerte, setzte sich vor etwa vier bis fünf Tagen langsam nach dem Südosten in Bewegung. Mit seinem Kern liegt es heute über Südostrußland. Durch einen anhaltenden Barometerfall entwickelte sich über der Nordsee ein großes Tiefdruckgebiet, das langsam in südöstlicher Richtung durch Deutschland zog. Auf seiner Rückseite brachen unter Regenschauern in der letzten Nacht kühle Luftmassen, die von Nordosten herkommen, in Deutschland ein. Als in den heutigen Morgenstunden eine weitere Staffel kalter Luftmassen nachfolgte, gingen die Regenschauer in Schnee über. In ganz Deutschland östlich der Elbe sind die Temperaturen unter 0 Grad gesunken, so daß sich dort eine ziemlich einheitliche Schneedecke gebildet hat, die beispielsweise in Niederschlesien zehn Zentimeter Höhe beträgt. — An der Küste herrscht überall stürmisches und diesiges Wetter, das von stärksten Schneeschauern begleitet ist. — In den Gebirgen sind ebenfalls ein starkes Sinken der Temperaturen bis zu minus 10 Grad und ergiebige Schneefälle zu verzeichnen.

Das Quecksilber, das in Berlin in den gestrigen Mittagsstunden um 0 Grad herum schwarte, fiel in der Nacht auf minus 1 in der Innenstadt bzw. minus 2 Grad in den Außenbezirken. Auch in den kommenden Nächten wird wieder leichter Nachtfrost herrschen, und am Tage werden die Temperaturen nur wenig über 0 Grad liegen.

Rekord der Diebesfähigkeit.

Am Fingert kaum zu übertreffen ist ein 33 Jahre alter gemerbmäßiger Taschendieb Hermann Debig, der aus Palsanice stammt und in Berlin schon verschiedentlich Gestrolchen gegeben hat. Mitte Januar wieder einmal aus dem Gefängnis entlassen, wurde er Ende voriger Woche mit einem Sammeltransport nach der polnischen Grenze abgeschoben. Am Mittwoch wurde er in der Gungelstraße schon wieder auf freier Tat ertappt. Eine Dame, die eine fremde Hand in ihrer Manteltasche an ihrem Portemonnaie fühlte, rief sofort um Hilfe. Nach einer längeren Jagd wurde der Taschendieb gefasst und festgenommen. Es war Hermann Debig, den man jenseits der polnischen Grenze glaubte. Er war in seinem geliebten Berlin schon wieder an der Arbeit, während der Transportwagen der Reichsbahn, der ihn an die Grenze gebracht hatte, noch nicht hierher zurückgekehrt ist. Debig hat also die Reichsbahn an Schnelligkeit erheblich übertroffen.

Menschen, Göttern gleich . . .

391 Roman von Herbert George Wells.

Mr. Barnstaple lachte. „Es ist mit uns nicht ganz so schlimm, Lady Stella, wie mit den Affen.“

Sie lachte auch.

„Vielleicht ist es nicht so schlimm, aber wie dem auch sei — in der Nacht — fühlte ich, daß es so sein könnte. Wir sind minderwertige Wesen. Man muß das zugeben . . .“

Sie zog die Brauen zusammen. Ihr hübsches Gesicht drückte große geistige Anstrengung aus. „Sind Sie sich dessen bewußt, wie sehr wir abgeschnitten sind? . . . Vielleicht werden Sie es dumm von mir finden, Mr. Barnstaple, aber bevor ich gestern Abend zu Bett ging, legte ich mich hin, um meiner Schwester einen Brief zu schreiben und ihr über alle Vorkommnisse zu berichten, solange sie noch frisch in meinem Gedächtnis sind. Und plötzlich fiel mir ein, ich könnte ebensogut an — Julius Cäsar schreiben.“

Mr. Barnstaple hatte nicht daran gedacht.

„Das ist etwas, was mir nicht aus dem Kopf geht, Mr. Barnstaple — keine Briefe, keine Telegramme, keine Zeitungen, kein Kursbuch in Utopien. Alles das, was uns wirklich bewegt — alle Leute, für die wir leben, abgeschnitten! Ich weiß nicht, für wie lange. Aber vollkommen abgeschnitten . . . Wie lange wird es ihnen gefallen, uns hier zu behalten?“

Mr. Barnstaples Gesicht wurde nachdenklich.

„Sind Sie sicher, daß sie uns jemals zurückschicken können?“ fragte die Lady.

„Es scheinen einige Zweifel zu bestehen. Aber es sind erstaunlich kluge Leute.“

Es schien so leicht, hierher zu kommen — gerade so, als ob man um eine Ecke biegt — aber wir sind natürlich, um es richtig auszusprechen, außerhalb von Raum und Zeit . . . mehr sogar als Tote . . . Der Nordpol oder Zentralafrika sind um einen ganzen Weltkörper unserer Heimat näher als wir. Es ist schwer, das zu begreifen. In diesem Sonnenlicht scheint alles so hell und vertraut. Und doch gab es vergangene Nacht Augenblicke, in denen mir zum Heulen war.“

Sie brach kurz ab und beobachtete scharf das Ufer. Dann kniffelte sie sehr aufmerksam. Mr. Barnstaple gewahrte einen besonders scharfen und appetitanregenden Geruch, der über das Wasser zu ihnen herüberwehte.

„Ja,“ sagte er. „Es ist Frühstücksped!“ rief Lady Stella mit quiekender Stimme.

„Genau nach Mr. Burleighs Angaben,“ sagte Barnstaple und wandte das Kanu mechanisch dem Ufer zu.

„Frühstücksped! Das ist das beruhigendste Ereignis bis jetzt! . . . Vielleicht war es im Grunde genommen dumm, ängstlich zu sein. Da, sie machen uns Zeichen!“ Sie schwenkte den Arm.

„Greta in einem weißen Gewand — wie Sie prophezeit haben, und Mr. Nush in einer Toga im Gespräch mit ihr . . . Wo kann er diese Toga herhaben?“

Ein undeutlicher Klang von rufenden Stimmen erreichte sie.

„Wir kommen!“ rief Lady Stella.

„Ich hoffe, ich bin nicht zu pessimistisch gewesen,“ sagte Lady Stella, „aber ich graute mich so in der Nacht!“

Zweites Buch. / Der Quarantäne-Felsen.

Die Epidemie.

1.

Der Schatten der großen Epidemie in Utopien fiel auf unsere kleine Erdlingsgasse am zweiten Tag nach deren Einfall. Mehr als zwanzig Jahrhunderte hindurch waren die Utopen vollkommen frei von infektiösen und ansteckenden Krankheiten aller Art gewesen. Nicht nur die schwereren epidemischen Fieber und alle möglichen Hautkrankheiten waren aus dem Leben der Tiere und Menschen verschwunden, sondern auch alle geringeren Infektionen, wie Erkältungen, Husten, Influenza und dergleichen waren bezwungen worden und hatten aufgehört. Durch Isolierung durch die Kontrolle der Bazillenträger usw. waren die verhängnisvollen Keime eingekreist und zum Aussterben gebracht worden.

Dies hatte einen entsprechenden Wechsel in der utopischen Physiologie zur Folge gehabt. Die Ausscheidungen und Reaktionen, die dem Körper einer Infektion gegenüber Widerstandskraft verliehen hatten, waren verkümmert. Die Kraft, die solche Wirkungen erzeugte, war auf andere nützlichere Aufgaben abgelenkt worden. Die Physiologie in Utopien, von diesen bloß zu Verteidigungszwecken nötigen Eigentümlichkeiten befreit, hatte sich vereinfacht und war übersichtlicher und wirksamer geworden. Die Ausrottung der Infektionen lag so weit zurück in Utopien, daß nur diejenigen, die Spezialisten in der Geschichte der Pathologie waren, etwas von den

Leiden verstanden, die der Menschheit durch Krankheit erwachsen waren. Und sogar die Spezialisten schienen keine Ahnung davon zu haben, in welchem Umfange die Rasse ihre frühere Widerstandsfähigkeit gegen Infektionen verloren hatte. Der erste, der an diese verlorene Widerstandskraft dachte, war offenbar Mr. Rupert Catkill. Mr. Barnstaple erinnerte sich, daß Catkill, als sie sich am ersten Morgen ihres Aufenthaltes in den Konferenzgärten trafen, Andeutungen machte, daß die Natur in irgendeiner noch unaufgeklärten Weise auf Seiten der Erdlinge stehe.

Wenn es in ihrem Interesse war, sich verhaßt zu machen, dann stand die Natur sicherlich auf ihrer Seite. Am Abend des zweiten Tages nach ihrer Ankunft hatte fast jeder, der mit den Erdlingen in Berührung gekommen war, mit Ausnahme von Daphnis, Serpentin und drei oder vier anderen, die noch etwas von den angestammten Antitoxinen zurückbehalten hatten, Fieber und Husten, Halschmerzen, Gliederschmerzen, Kopfweh und eine solche körperliche Depression und solches Unbehagen, wie man es seit zwanzig Jahrhunderten in Utopien nicht gekannt hatte. Der erste Einwohner Utopiens, der sterben mußte, war jener Leopard, der Mr. Rupert Catkill bei seinem Anknüpfen beschuldigt hatte. Er wurde am zweiten Morgen nach dieser Begegnung tot aufgefunden, ohne daß man seinen Tod aufklären konnte. Am Nachmittag desselben Tages erkrankte plötzlich eines der Mädchen, das Lady Stella beim Auspacken ihrer Koffer geholfen hatte, und starb.

Utopien war auf die Ankunft dieser Krankheitskeime noch weniger vorbereitet, als auf die Ankunft der Erdlinge selbst. Die allgemeinen und Epidemiespizialer, Aerzte, Apotheker usw., die im letzten Zeitalter der Verwirrenheit in ungeheurer Anzahl vorhanden gewesen waren, waren längst dem Gedächtnis entschwunden; es gab einen Hüfstdienst für Unfälle und eine Organisation, welche die Gesundheit der heranwachsenden Jugend bewachte, es gab ferner Erholungsstätten, wo ganz alte Leute gepflegt wurden, aber von der hygienischen Organisation, die früher gegen Krankheiten angekämpft hatte, war kaum etwas übriggeblieben. Plötzlich mußte die Intelligenz von Utopien eine Reihe von Problemen, die längst gelöst und beiseite gelegt waren, wieder aufnehmen, um vergangene Apparate und Einrichtungen für Desinfektions- und Behandlungszwecke zu improvisieren und um auf alle Mittel zurückzugreifen, die der Kampf gegen die Krankheiten benötigte, der eine Epoche in der Geschichte Utopiens vor zwanzig Jahrhunderten gekennzeichnete hatte.

(Fortsetzung folgt.)

„Halts Maul, du Idiot!“ Ein wahrhaft patriarchalisches Verhältnis.

Es gibt auch heute noch Arbeitsbetriebe, in denen zwischen dem Chef und seinen Angestellten ein sogenanntes patriarchalisches Verhältnis herrscht. In solch einem Betrieb war auch jener Kaiser tätig, der jetzt vor dem Arbeitsgericht klagt, weil er fristlos entlassen war. Seiner Ansicht nach zu Unrecht. Die Entlassung war erfolgt, weil sich der Kläger gemeldet hatte, zu einer „Unterredung“ zu seinem Chef zu kommen. Der Kläger war gerade im Begriffe nach Hause zu gehen und befand sich schon in der Ausgangstür des Betriebes, als ein anderer Angestellter ihn aufrief, sofort zum Chef zu kommen, da dieser ihn dringend sprechen wolle.

Die „Unterredung“ zwischen dem Chef und dem Personal bewegte sich nun in der Regel in etwas eigenartigen Formen, da der Herr Chef, wie der Kläger vor Gericht sehr vorsichtig ausführte, ein „leicht erregbarer Mensch“ war. Meist wurden die „Unterredungen“ nur einseitig geführt, denn wenn der Arbeitnehmer einmal etwas sagen wollte, so fuhr ihn der Chef an mit den Worten: „Halts Maul, du Idiot!“ In einer anderen „Unterredung“, in der über eine Lohnaufbesserung verhandelt werden sollte, erklärte der Chef: „Zusage wollt ihr haben, ihr Papiere? Kauschmeißen werde ich euch geben!“ — Der Kaiser wollte an jenem Abend einer derartigen Auseinandersetzung aus dem Wege gehen und weigerte sich daher, nochmals in den Betrieb zurückzukommen. Aus diesem Grunde wurde er fristlos entlassen.

Vor Gericht konnte der Kläger den lebenswürdigen Ton seines Chefs beweisen. Und es sprach weiter für ihn, daß er fast 20 Jahre im Betrieb tätig gewesen war, ohne daß er sich in dieser Zeit irgend etwas hätte zuschulden kommen lassen. Unter Berücksichtigung dieses Tatbestandes kam denn auch, wie nicht anders zu erwarten, das Arbeitsgericht zur Verurteilung des Beklagten. Die Firma wurde verurteilt, den Kaiser weiterzubeschäftigen oder an ihn eine Entschädigung zu zahlen, die unter Berücksichtigung der langen Dienstzeit auf 1200 M. festgesetzt wurde.

Zwist in der Friedensgesellschaft.

„Genf ist Frieden“ — unter diesem Stichwort veranstalteten die im Friedenskartell zusammengeschlossenen pazifistischen Verbände gestern Abend eine Kundgebung im Herrenhaus. Es sprach als erster Lehmann-Ruhböldi, der die Ansicht vertrat, daß erst dann das Wirtstreiben aufhöre, wenn es gelingt, die Privatindustrie bei der Rüstungsindustrie auszuschließen. Die zweite Rednerin, Helene Stöcker, setzte sich begeistert für die russischen Abrüstungsvorschläge ein und sagte nur, wenn der Völkerverbund diese Vorschläge annähme, wäre der Frieden gesichert.

Die weiteren Redner Dr. Wierther und Dr. Behberg besprachen im einzelnen die Möglichkeiten einer Kriegsverhinderung. Dr. Wierther sah die beste Lösung zur Sicherung des Friedens in der Rüstungsreduzierung der Waffen zu dem Zweck, sich den Kriegsdienstverweigerern anzuschließen, während Dr. Behberg in kurzen, aber treffenden Ausführungen darauf hinwies, den Völkerverbund auszubauen und ihn zu dem Instrument zu machen, das jeden Krieg im Keime ersticht. Nach sehr ausführlichen Angaben der Frau Professor Wöber über Ostgossverwendung im Kriege sprach dann Heinrich Ströbel, der Beispiele aus Amerika anführte, wo die Kirche begonnen hat, gegen den Krieg zu agitieren. Als letzter Redner nahm, von der Versammlung stürmisch begrüßt, der Nobelpreisträger Professor Quaid das Wort zu einer kurzen Ansprache. Im Gegensatz zu Frau Helene Stöcker sagte Professor Quaid, daß auch endlich Sowjetrußland nicht nur ein Programm vorlegen, sondern an der Organisierung des Friedens mitarbeiten solle.

Zum Schluß kam es bei der Leitung der Versammlung zu Meinungsstreitigkeiten. Helmut v. Gerlach legte den Vorschlag nieder, weil er es ablehnte, eine von Frau Stöcker eingereichte Resolution, die einzig und allein auf Verberrlichung Sowjetrußlands hinauslief, zur Annahme zu bringen.

Die Lage der jüdischen Massen.

Der Hilfsverein der deutschen Juden veranstaltete im Brüdervereinshaus seine diesjährige Generalsammlung. Den Tätigkeitsbericht verlas der Generalsekretär Dr. Wischnizer. Er bemerkte, daß das Jahr 1927 dadurch bedeutsam sei, daß die Arbeit des Vereins vom rein organisatorischen Gebiet zum erstenmal seit der Institution wieder in das Stadium der aktiven Arbeit übergegangen ist. Die Propaganda, die im September mit dem Presseempfang bei Israel eingeleitet hat, ist durch das ganze Reich gegangen. Ein gutes Zeichen dafür ist auch die engere Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium des Innern, das ja für die Auswanderungsfragen, mit denen sich der Verein in erster Linie beschäftigt, zuständig ist. Angeht die Zustände in Rumänien ist aber auch leider eine verstärkte Aufmerksamkeit auf die Vorgänge im Osten notwendig.

Dr. Bernhard Kahn sprach dann zu dem Thema „Die Lage der jüdischen Massen in der Nachkriegszeit“. Er begann mit der Klärung des Begriffs jüdische Massen, der heute eine andere Bedeutung hat als vor dem Krieg, wo man die 7½ Millionen russischen, die 300 000 rumänischen und die 600 000 galizischen Juden mit diesem Ausdruck bezeichnete. Der Krieg hat dem begonnenen Umsiedlungsprozess in Rußland ein Ende gemacht, da das für diese Zwecke zur Verfügung gestellte westliche Kapon geräumt werden mußte. Die Gründung der Randstaaten hat eine vollkommen neue Situation geschaffen. Dr. Kahn bezeichnete diese neue Lage, in der sich die Juden im Wohlstand oft als hilflose Einwanderer vorfinden, als eine historische Tragödie. Es wäre zwar unrichtig, alle Zukunftsmöglichkeiten im Wohlstand zu verneinen. Die Auswanderung ist nur im beschränkten Maße möglich, so bleibt nur eine Um- bzw. Umsiedlung übrig. Die Sowjetunion hat dies auch gemissermaßen anerkannt, indem sie den Juden und den Bauern die Zuerteilung von Land auf Regierungskosten zuerkennt. Nur durch Mitarbeit an produktiven Berufen ist eine Gesundung der ökonomisch tranken Verhältnisse des Ostjudentums möglich. Dieser Prozeß braucht natürlich auch die Mitarbeit der westlichen Glaubensgenossen, die das Schicksal ihrer Brüder sehr viel angeht, nicht zuletzt die Unterstützung der Juden des Nachbarlandes, aus das die Verhältnisse am leichtesten übergreifen können. Das heißt: Deutsche Juden, tut eure Schuldigkeit gegen eure Glaubensbrüder, die im Osten wohnen! Die Lösung der Probleme im Osten steht euch näher als die Errichtung eines neuen Nationalstaats!

Die Geze am Potsdamer Platz.

Ein neuer Falsch-Kraffel in der Stadtverordnetenversammlung.

Der Streit um den vom Magistrat beabsichtigten Tausch eines Teiles des städtischen Grundstücks Bellevuestr. 2 gegen einen Teil des der Canada-Land-Compagnie gehörenden Nachbargrundstückes Bellevuestr. 1 wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung in einer dritten Beratung fortgesetzt. Er gipfelte in einem Reduell zwischen dem Kommunisten Gabel und dem bekannten Herrn Dr. Falz von der Deutschen Volkspartei, der in einer rechtsgerichteten Zeitung dunkle Andeutungen gemacht hatte, daß zugunsten dieses Tausches unzulässige Beeinflussung vorgekommen sei. Dr. Falz wiederholte gestern in seiner Rede die Andeutungen, aber auch hier unterließ er es, greifbare Tatsachen vorzubringen. Die Kommunisten, die er angegriffen hatte, antworteten ihm mit erregten Zwischenrufen, doch kam es diesmal zu keiner Prügelei. Der nach der zweiten Beratung gefasste Beschluß, den Grundstückstausch zu vollziehen, wurde auch durch die dritte Beratung nicht zu Fall gebracht. Es bleibt dabei. Der Einlegung eines Untersuchungsausschusses, den die Kommunisten forderten, wurde zugestimmt. Er wird Herrn Falz ersuchen, deutlicher zu werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der neu gewählte Stadtrat Genosse Czeminiski eingeführt.

In seiner Ansprache betonte Oberbürgermeister Böhm, daß Czeminiski schon immer, ganz besonders aber in seinem Beruf als Krankenkassenverwalter und dann auch als Mitglied des Schöneberger und des Berliner Stadtparlaments Rat und Beiden des Volkes kennengelernt habe. Der Oberbürgermeister rühmte die Lafracht und die Erfahrung Czeminiskis und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Gewählte auch in seinem neuen Amte der Stadtverwaltung gute Dienste leisten werde. Nach der Vereidigung auf die preussische und die Reichsverfassung entbot Stadtverordnetenvorsteher Genosse Falz den Willkommensgruß. Dem Genossen Wold brachte der Vorsteher Glückwünsche zu seinem 25jährigen Stadtverordnetensubjektum dar. An Stelle Czeminiskis tritt der Genosse Kamrowski, Schöneberg, in die Versammlung ein. — Bei der Beratung der Vorlage wegen der Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten und

Mittelschulen vertrat Genosse Dr. Kawerau den Standpunkt, daß die Erhöhung des Schulgeldes weitgehend sei durch die Vergünstigungen, die den nichtbemittelten Eltern zugute kommen. Die Erhöhung des Schulgeldes wurde mit einigen Änderungen beschloffen. In namentlicher Abstimmung wurde der Verkauf des Grundstückes Jerusalemstraße 40 beschloffen. Der Verkauf interessiert deshalb, weil auf diesem Grundstück die Warenhausfirma Hermann Tich bereits im Jahre 1911 einen Teil ihres Warenhauses am Dönhofsplatz errichtet hat. Das Grundstück ist aus der Kora-Gesellschaft gegen eine jährliche Miete überlassen worden und soll nun in den endgültigen Besitz der Firma übergehen. Sie zahlt nach den Beschluß der Stadtverordneten 1 Million Mark dafür.

Um den Potsdamer Platz!

Bei der nochmaligen Beratung der Vorlage wegen des Verkaufes eines Teiles des Grundstückes Bellevuestraße 2 am Potsdamer Platz an die Canada-Landgesellschaft kam es zu einer lebhaften Aussprache zwischen den Kommunisten und dem Volksparteiler Falz. Stadtverordneter Gabel (K.P.D.) machte an Hand eines Zeitungsartikels, den Falz geschrieben hatte, diesem dem Vorwurf der Verleumdung gegenüber der Kommunistischen Partei. Soweit auf der Pressetribüne verständlich war, wurde in dem Artikel in verfeinerter Form andeutet, die Kommunisten würden in unzulässiger Weise beeinflusst worden. Stadtrat Falz (D. Vp.) lud in längerer Erwiderung so darzustellen, als habe er nur erreichen wollen, daß dieser in der Öffentlichkeit kursierende Vorwurf in irgendeiner Form beseitigt werde. Stadtverordneter Gabel erwiderte, und schließlich waren sich alle Stadtverordneten darüber einig, daß es am besten sei, wenn der von den Kommunisten beantragte Untersuchungsausschuss die gegen sie vorgebrachten Verdächtigungen kläre. Dann wurde noch der Antrag der Rechtspartei abgelehnt, nach dem die Canada-Landgesellschaft auf dem Grundstück kein Warenhaus errichten sollte oder es für solche Zwecke weiter verwerten dürfe. Die Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuss wurde abgelehnt, so daß also der Verkauf als angenommen galt. Die Canada-Landgesellschaft zahlt also statt 750 000 Mark 900 000 Mark, trägt alle Kosten und tritt der Stadt das zu Straßenverbreiterungen gebrauchte Grundstück Bellevuestraße 1 ab. Mit einer nicht zu Ende geführten — Aussprache über die Verwaltungsreform des höheren Schulwesens schloß die Sitzung.

Der große Fischzug.

Um den Berlinern, die nicht so recht an den Fisch ran wollen, immer wieder die großen Vorteile der Fischzucht in wirtschaftlicher und gesundheitlicher Beziehung vor Augen zu führen, findet in diesen Tagen eine Reichsfischpropagandawoche statt. Im Rahmen dieser Werbeveranstaltung werden in sämtlichen Berliner Markthallen, besonders in der Zentralmarkthalle am Alexanderplatz, außerdem auch bei sämtlichen Fischhändlern die verschiedensten von der Dampferflotte und den deutschen Kleinfischern gelandeten frischen Fische in anspruchsvoller und appetitanregender Weise zur Schau gestellt. Die Fischzucht in der Zentralmarkthalle bietet eine ungemein reiche Auswahl der verschiedensten Fluß- und Seefischsorten, billigen Kaviar, Schellfisch, dann Roibars und Dorch; Ostseedorch und Schollen das Pfund zu 30 bis 40 Pf., Marlan das Pfund zu 30 Pf., überig schillernder Hamburger Stint, prächtige Herings, Filet von Dorch und Kaviar, Sals, Sozunge, kurz alles, was da in den Gewässern schwimmt, ist in wehren Prachtgemälden zu billigen Preisen vorhanden. Für die Feinschmecker winten Langusten, Sterlet und Hummer. Ein äußerst schmackhafter Fisch ist u. a. der Heringshai (nicht zu verwechseln mit dem Menschenhai), den ein Käufer mit den Worten: „Ja, ich danke, erst fröhlich der Menschen, und dann sollen wir ihn fressen“ entfristet von sich wies. Das Tier nährt sich von Heringen, daher auch der Name, und besitzt ein äußerst zartes, schmackhaftes Fleisch. Die Fischzucht ist aber nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom gesundheitlichen Standpunkt außerordentlich wertvoll, und es wäre zu wünschen, daß dieses Nahrungsmittel endlich seinen Weg in die Küche der großen Massen fände.

„Die Hosen des Herrn von Bredow“.

Was aus einer kleinen Urtache (nämlich dem Diebstahl der alten Hosen des Herrn von Bredow) für große Wirkungen entstehen können, wird in sieben, meist lustigen Bildern, im Zirkus Busch gezeigt. Die Handlung lehnt sich eng an den historischen Roman von Wilhelm Alexis an. Um ein gutes Gelingen des Manegeschauspiels zu gewährleisten, hat sich Paula Busch namhafte Schauspieler verschrieben, die auch fast ausnahmslos ihre gewöhnlich leichte Aufgabe mit Geschick lösen, so Reinhold Weiglin vom Schauspielhaus Potsdam, der den Besitzer der alten Hosen mit diesem Humor freierte. Dann die sehr sympathische Elise Waga, die der Burgfrau Brigitte die rechte Gestalt gab. Ebenso gut waren Käthe Behrens als Enchen und Adolf Calvo als Lindenberg. Einzelne Bilder waren besonders gut gelungen, so z. B. „Der Geipensierwald“ und „Die große Wäsche“. Frieda Lederer, die für die Länge verantwortlich zeichnete, gebührt ein Sonderlob für die „Alteutsche

Capotte“. Im Rahmen der Handlung produzieren sich dann noch Fichter aus Schule Wurero. Das Rangensichon dagegen dürfte nicht jedermanns Geschmack sein. Das Ganze zieht in harmlos-lustigen Teile unwürdigen Bildern an uns vorüber und sichert der neuen Direktorin bestimmt ein volles Haus. — Auch das jüdische Programm ist ausgezeichnet. Dompieur Jüngels zeigt eine klugen Elefanten, eine ganz besondere Sensation ist die Kobelstückenattraktion. Und dann die Schulfreierin Frau Theres Kenz, die sich oft für den Applaus bedanken konnte, und viele andere.

Der bekannte völkische Redakteur Dr. Göttschels lud zu einer Versammlung nach Berlin-Wilmersdorf zur Rheingaustraße ein. Göttschels redete wie ein Sonntagsschulprediger, in Verbindung mit dem Verständnis eines Segeners angepaßt waren, und deshalb von den Zuhörern gerade so verstanden werden konnten, daß ob und zu freieschendes Beifallsgeheul losbrach, besonders, wenn die Redakteur „Lude“ genannt wurde. Ein besonderes System scheint sich der famose Doktor zurechtgelegt zu haben, um sich weiteren Beleidigungsprozessen und Verurteilungen zu entziehen. Wenn er zum Beispiel in einem seiner Vergleiche von einem Regenschirmträger spricht, der seine Stammesgenossen für Geld an weiße Eroberer verrät und ihn mit allen möglichen nicht wiederzuehenden Schimpfwörtern besetzt, fragt irgendein Zwischenrufer, scheinbar ohne weiteren Zusammenhang: „Wieviel verdient eigentlich Dr. Schacht pro Jahr?“ Alles freit sich und weiß Bescheid. Vorsichtig betont dann der Held Göttschels, daß die Zwischenfrage natürlich ohne jeden Zusammenhang mit dem von ihm Vorgebrachten sei und entsetzt neuen Beifall für seinen Heldenmut. . .

Zu dem Unfall bei der Lindström U.-G. in der Schießschen Straße erfahren wir noch, daß die Verletzten der beiden verunglückten Arbeiter nicht so schwer sind, wie es zuerst den Anschein hatte. Die Verletzten befinden sich außer Gefahr. — Wie uns von der ausführenden Baufirma mitgeteilt wird, ist der Unfall auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Die zu Schaden gekommenen Arbeiter befanden sich etwa 30 bis 40 Meter von der Sprengstelle entfernt und wurden von einem Steinblock getroffen. Die Firma arbeitet bereits seit vielen Jahren nach ihrem Sprengsystem, wobei Patronen mit etwa 60 Gramm Inhalt Verwendung finden, ohne daß es jemals zu einem Unglück gekommen ist.

Ausgangensnacht Berlin und Umgebung. Samstag, den 11. März, nachm. 5 Uhr, Vortragabend der 150. Kassenstelle (Dresdenerstraße) im Restaurant Jung, Dresdenerstr. 11. Nachdem Lang, Eintritt frei.

Defertlicher Grenzabend. Der Deutsche Schachbund veranstaltet am Dienstag, dem 12. März, abends 8 Uhr, im Stadtverordnetenhaus des Schöneberger Rathauses, „Hudol-Wilde-Platz“, einen Defertlicher Grenzabend. Obervermittlungsrat Willibrod spricht über Schach (mit Lichtbildern). Landeshauptmann Lejer-Sauerbrunn über das Burgland. Eintritt frei.

Bibliothek der Arbeiterbildungsschule. Die Bibliothek ist jetzt wieder jeden Dienstag und Freitag von 7½—10 Uhr abends geöffnet.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, dem 8. März.

1. Rennen. 1. Virus (H. Ritz), 2. Window Peter (Rudolph jun.), 3. Clementing (Habr) Toto: 17:10. Platz: 12:11, 17:10. Ferner liefen: Oskentmöhren, Giddswogel, Anker I, Linsco Harnesher, Traganauer.
2. Rennen. 1. Klippige (Rauh jun.), 2. Compagner (Besger), 3. Relome (Hagrembel). Toto: 23:10. Platz: 14:16, 118:10. Ferner liefen: Koiator, Theotrat, Mariella, Naturburische, Nora Halle, Biede, Belletrich, Redelippe.
3. Rennen. 1. Ward Guy (Besger), 2. Laterne (Venzler), 3. Mistral (Rozal). Toto: 27:10. Platz: 17:23, 50:10. Ferner liefen: Klettersteig, Krogenloms, Seate, War:ba Halle, Lombadel.
4. Rennen. 1. Baron Katanob (H. Wild), 2. Lustigfischer (H. Schmidt), 3. Grafus (Venzler). Toto: 68:10. Platz: 38:31, 21:10. Ferner liefen: Kantenfels, Poffelsall, Tomian Wats, Angriff, Kachan Halle, Kohlenkönig, Baron Adler, Glacköcher, Feierting I, Corona Wc. Rinne, Marie Halle, Importeur, Vuffelchen, Good Boy.
5. Rennen. 1. Seibieren (Wäber), 2. Duinsteffen (Besger), 3. Eufi Vendurn (Besger). Toto: 23:10. Platz: 14:16, 43:10. Ferner liefen: Bonolatsch, Weising, Vopeler, Friedegard, Kroiack, Reichel I, Dichtung.
6. Rennen. 1. Königsdorfer (Gautenbrger), 2. Teus Rox (Rauh jun.), 3. Luffi Quack (Venzler). Toto: 39:10. Platz: 29:18, 16:10. Ferner liefen: Kometenlänger, Robanmüller, Traktier, Karrenal.
7. Rennen. 1. Sir Gaid (Rauh jun.), 2. Gaudiers Gloria (Besger), 3. Polshum (Venzler). Toto: 14:10. Platz: 10:11, 10:10. Ferner liefen: Ritz, Eufi Vendurn, Lemkium, Fredeburg.
8. Rennen. 1. Reiter B. (Bahr), 2. Calanova (H. Ritz), 3. Kdudach Silber (Schöder). Toto: 28:10. Platz: 18:28, 17:10. Ferner liefen: Reiter I, Gajard, Krogenloms, Denkmünze.

Funkwinkel.

Neben den lebenden Dichtern und den jungen Dichtern rangiert nun auch im Rundfunk eine Gruppe der jüngsten Dichter. Es ist nicht auszudenken, wo diese Reihe einmal enden wird. Die jüngsten Literaturkinder Hansjürgen Wille und Siskind befinden sich bereits in den Jahren, in denen sie bequem zu den jungen Dichtern gerechnet werden können. Siskind liest eine Novelle vor, „Valentino“, die den berühmten verstorbenen Filmstar behandelt. Ein Feuilleton, manchmal ironisch, manchmal lak und lockig schildert, das Ganze etwas von Thomas Mann beeinflusst. Weniger charakteristisch ist das Kapitel „Aus Wille's Roman“. Es vermittelt keinen passenden Eindruck, die Geschehnisse scheinen nicht lebendig geformt zu sein. Vielleicht ist das Kapitel schlecht gewählt, und der Hörer muß also aus gutem Glauben hinwegnehmen, was Hermann Kasa zur Charakterisierung Willes zu sagen weiß. — In dem folgenden Konzert singt die Altkin Ria von Hefert! Bechmsleber mit einer Stimme, die im Rundfunk nicht zur Entlastung gelangt und die deshalb spröde klingt. Darunter leidet dann auch selbstverständlich der Ausdruck. Leopold Münzer ist ein Pianist von solidem Können. Die Operette „Die Perlen der Cleopatra“ von Oskar Strauß ist wertvoller als der übliche Durchschnitt der Berliner Operettensendungen. Bleibt Oskar Strauß am besten im Dreipertakt wie im „Wahertraum“, so verfährt er doch über genug sprühenden musikalischen Witz, um eine parodistische Operette schreiben zu können. „Die Perlen der Cleopatra“ erreicht nicht die „Aufgaben Nibelungen“, wofür teilweise der Text mitverantwortlich ist. Trotzdem enthält die Operette eine Reihe blühender Melodien, die in ihrer Führung und Instrumentation sich schon der Spieloper nähert. Immer ist die Musik lustvoll und vermeidet Kraxheiten und Geschmacklosigkeiten. Die Aufführung mit Wille von Katsopol mit Witz und Witzling steht auf hohem Niveau. B. G.

Herr Haberland rührt sich.

„Spekulative Ausnutzung“ der „Berliner Wohnungsversorgung“.

Der geistige Führer der privaten Bau- und Bodenwirtschaft, Herr Georg Haberland, hat soeben seine vielen Werke um eine neue Broschüre „Die Berliner Wohnungsversorgung“ bereichert. Wäre sie lediglich für Fachleute bestimmt gewesen, so hätte sich keine Feder um sie bemüht. Da sie sich aber vorwiegend an die Laien wendet, kann man an dieser Broschüre nicht vorbeigehen.

Auch der größte Gegner Haberlands wird ihm Aufrichtigkeit bei der Verfolgung seiner Ziele nicht abstreiten können. In der vorliegenden Broschüre müssen wir wieder die fast naive Aufrichtigkeit dieses Tatmenschen bewundern. Er bringt es fertig, zwei Sätze nebeneinander zu stellen, die ihn als Wohnungspolitik im Grunde erledigen. Auf Seite 35 sagt Haberland, die Beseitigung der Wohnungsnot sei nur möglich, „wenn die Faktoren, die vor dem Kriege die Wohnungsversorgung bewirkt haben, sich wieder der Bautätigkeit und der Wohnungsvermittlung zuwenden“. Auf Seite 27 besichert uns Herr Haberland ein „nettes Erlebnis aus früherer Zeit“, das heißt aus der Zeit, da er seine „Kustlerstadt“ Wilmersdorf erbaute. Als die Terrainspekulation in Blüte stand, wurde an der Börse Rohland in Wilmersdorf gehandelt, etwa in der Weise, daß der Käufer nur fragte: „Haben Sie 3000 Ruten in Wilmersdorf zu verkaufen?“ Wo das Gelände lag, welcher Prozentsatz an Straßengrund abhing, und wie hoch die Regulierungskosten waren, prüfte man gar nicht mehr. Dabei gab es nicht zwei Gelände, die vom sachmännischen Standpunkt gerechnet, den gleichen Wert hatten.“

Glaubt Herr Haberland wirklich, daß sich die Berliner Wohnungsversorgung diesen Elementen wieder ausliefern soll? Ja, er will es! Er will die Bahn frei machen für die „spekulative Ausnutzung“ der öffentlichen Mittel. Er will die Vorschriften beseitigen, die, wie das Wiederkaufrecht, die Festsetzung der Mieten usw., die privatkapitalistischen Kreise davon abhalten, Kapital im Wohnungsbau zu investieren. Er tritt darum ein für eine verstärkte Herausforderung des Bauandes und für die „vielfachgeschmähten alten Mietverhältnisse“, die in fünf Stockwerken in Zukunft sogar drei und vier Wohnungen an einem Treppengestell haben sollen. Die Durchführbarkeit der Wohnungen sei ein „Dogma“, sagt er.

Für Fachleute hat, wie gesagt, die Broschüre Haberlands nicht die geringste Bedeutung. Sie kann und muß aber gefährlich werden, wenn sich die Laien seine Thesen, die schon mehr als ein Dutzendmal widerlegt worden sind, zu eigen machen und nach seinen Thesen Wohnungspolitik betreiben wollten.

Herr Haberland beginnt seine Streitschrift mit dem Zugeständnis: „Nur die gemeinnützige Bautätigkeit ist in der Lage, die Bestimmungen zu erfüllen, die die Grundlage für die Verteilung der Hauszinssteuer bilden.“ Die einengenden Bestimmungen, die an die Gewährung der Hauszinssteuer geknüpft sind, machten es dem Privatkapital unmöglich, „Reserven“ anzusammeln für eine von ihm selbst geahnte Senkung der Mieten. Wenn wir nun aber Herrn Haberland fragen würden, wann und wo und in welcher Form und mit welcher rechtlichen Bindung das Privatkapital in der Wohnungswirtschaft solche „Reserven“ angesammelt hat, dann wird er mit seiner Antwort in einige Verlegenheit geraten und sich wohl auf das von ihm selbst geschilderte „nette Erlebnis“ mit den Bautönen zurückziehen müssen. Als wir nach dem Kriege die öffentlichen Mittel im wesentlichen für den zweistöckigen Flachbau verwendeten, da trat Herr Haberland für die dreistöckige Bauweise ein. Heute aber, wo wir vorwiegend dreißig bis vierstöckige Bauten errichten, tritt er mit Feuereifer für die

fünfstöckige Bauweise ein. Die Verdichtung des Lebensraumes bis zur Einpötelung der Massen in einer Sardinienbüchse, das sei, so sagt Herr Haberland, niemals die Schuld des Privatkapitals, sondern die Schuld der Behörden gewesen, die die Bauordnung geschaffen haben. Weiß Herr Haberland, was er da sagt? Die Bauordnung wurde vor dem Kriege auf Drängen des Privatkapitals und von diesem mit den gleichen Begründungen herbeigeführt, die heute Herr Haberland für seine Vorschläge anführt! Das Privatkapital kümmert sich nicht um Mensch und Familie, um Kinder und Kranke, sondern nur um das Geschäft. Wäre das Privatkapital ein solcher Retter der wohnungslosen

Oeffentliche Kundgebung

am Sonntag, dem 11. März, vormittags pünktlich um 10 Uhr, im Paradenlager, Konsum, Papestr. (hinter dem Verlorungsamt)
Thema: Heraus zur Wahlschlacht!
Referent: Dr. Carl Hierendorf. — Männer und Frauen, erscheint in Massen! 79. Abteilung Schöneberg der SPD.

Menschheit gewesen, warum hätte es dann die Bauordnung bis zum Quadratdezimeter ausgenutzt? Ein Zwang hierzu bestand niemals.

Ein Stedenpferd des Herrn Haberland ist die „Wirtschaftlichkeit der Bauweisen“. Um diese Wirtschaftlichkeit zu beweisen, führt er dem Laien Zahlen vor, die er nicht weiter belegt, aber auch nicht beweisen kann. Herr Haberland errechnet eben, daß die Wohnungen im Zweistöckwerkshaus 50 Proz. mehr kosten als im Fünfstöckwerkshaus. Und wenn sich dann ein Fachmann findet, der die Wohnungen im Zweistöckwerkshaus wesentlich billiger baut, — dann — dann zieht, sagt Haberland, „der Berliner Stadtbaurat mit aller Kraft den Wagen rückwärts“. Wir glauben nicht, daß der Berliner Stadtbaurat die Mühsicht hat, sich mit Herrn Haberland über das Bewoog-Projekt oder das Awooog-Projekt auseinanderzusetzen. Wir nehmen an, daß er eine solche Auseinandersetzung vor Fachleuten zwar nicht scheuen wird, aber wenn es zu einer solchen Auseinandersetzung käme, dann wird sich wohl auch der Berliner Stadtbaurat auf das Zeugnis des Herrn Haberland in seiner neuesten Broschüre stützen, wo dem Laien auseinandergesetzt wird, daß man zur Feststellung des angemessenen Preises der Ware Wohnung die „Qualität der Bauausführung“, den „Grundriß des Gebäudes“ usw. kennen müsse. Aber lag denn dem Herrn Haberland ein Grundriß und eine klare Baubeschreibung zugrunde? Nein! Eagen dem Projekt Haberlands Bauungspläne und Berechnungen für Aufschlüsselungskosten des Boulandes zugrunde? Nein!

Herr Haberland scheint also heute die Meinung des Berliner Stadtbaurats voll zu teilen, wenn er sagt: „Die ganze Kubikmeterrechnung ist ein Mikariff.“ Als aber im Oktober vorigen Jahres ein 120-Millionenobjekt vor der Entscheidung ob Annahme oder Ablehnung stand, da ließ sich Herr Haberland den Mikariff der Kubikmeterrechnung durch Laien sehr gern gefallen. Er stellte sich mit dem größten Komplexus an die Spitze eines Projektes, das er heute in seiner Broschüre als „eine indirekte Sozialisierung des Wohnungsbaues“ bezeichnet. So ehrlich wie Herr Haberland hat noch niemals ein Geschäftsmann des Baugewerbes sein Urteil über sich selbst, seine Vergangenheit und seine Zukunft gefaßt.

Das Fürsorgeproblem.

Direktor Rafe vom Vonderziehungsheim Struweshof sprach im Rahmen der Winterorträge des Bezirksjugendamies Tempelhof sehr unterhaltsam über das Thema: „Fürsorgeerziehungsfragen.“

Direktor Rafe gab zunächst einen allgemeinen Überblick über den Zweck und die Ziele der Fürsorgeerziehung. Er führte aus, daß von der Fürsorgeerziehung Kinder aller Volksschichten betroffen werden, und die Frage daher Rassefrage wäre. Der Vortragende bewies, daß trotz vieler Jugendverbrechen die Jugend von heute nicht schlechter als die von früher sei. Das augenblickliche Plus an Jugendverbrechen muß unter dem Gesichtspunkt gewertet werden, daß die jetzigen Jugendlichen eine viel größere seelische Belastung durchmachen mußten (Krieg, Revolution, Inflation und die entsetzlich schlechte wirtschaftliche Lage). Er gibt nicht den Jugendlichen, sondern den Eltern die Schuld. Hauptgrund ist die zu schnelle und zielunsichere Erziehung. Hier kann eben nur die zielichere Erziehung in einer Anstalt entgegengesetzt werden. In der Bevölkerung bestehen im allgemeinen unter Fürsorgeerziehung solche Vorstellungen. Tatsächlich ist aber das Gegenteil der Fall. Die Anstalten machen nicht mehr den Eindruck eines Gefängnisses. Es gibt keine Gitter mehr, keine Uniformen. Als Erziehungsgrund ist die Familienerziehung aufgestellt. Die Jugendlichen sind in kleine Familiengruppen geteilt. Die Anstalt soll ein Heim sein, in dem das Kind oder der Jugendliche das Heimatgefühl hat. Der Jugendliche wird nicht mehr durch Kommandieren, sondern durch den Versuch, denselben innerlich zu wandeln, erzogen. Nur durch rechte Liebe und das rechte Vorbild versucht man, das stets vorherrschende Gefühl der Minderwertigkeit und das Triebhafte zu befähigen. Als Grundgesetz werden für die Fürsorgeerziehungsanstalten zwei Bedingungen aufgestellt: Tiefes Vertrauen des Seelenlebens des Kindes und des Jugendlichen und hoffende Liebe. Durch die Arbeit in diesem Sinne konnten bisher vom Vonderziehungsheim Struweshof 66 Proz. aller untergebrachten Jugendlichen wieder als brauchbare Menschen entlassen werden. Aber auch der verbleibende Rest würde erheblich geringer sein, wenn die Ueberweisung in die Fürsorgeerziehung nicht erst erfolgen würde, wenn schon eine erhebliche Vermehrung vorliegt. Als Leitmotiv hat Direktor Rafe für das Heim Struweshof das Rosengerische Wort gestellt: „Auf dem Wege zum Licht lasse keinen von ihnen zurück.“

Der Vortrag wurde mit der ganzen Seele eines erfolgreichen Pädagogen gehalten und daher von den zahlreich erschienenen Hörern dankbar aufgenommen. Bei dem größten Teil der Erscheinenden dürfte sich die Ansicht über die Fürsorgeerziehung nach diesem Vortrage geändert haben.

Mehrere Lichtbildvorführungen von dem Leben im Erziehungsheim Struweshof umrahmten den Vortrag und bestätigten die Ausführungen des Vortragenden.

Aus den Bezirken.

2. Bezirk — Tiergarten.

In Tiergarten bestanden die Ausschüsse und Deputationen nur auf dem Papier, zur Mitarbeit werden sie so gut wie nie herangezogen. In der letzten Versammlung nahm unsere Fraktion Gelegenheit, durch Anträge zu erzwingen, daß verschiedene Deputationen einberufen und über Fragen, für die sie zuständig sind, gehört werden. — Eine Vorlage betr. Verkauf eines Landjungenheims wurde dem Grundstücksausschuss überwiesen, ebenso ein Antrag betr. Forderung der Gebühren für Restameanlagen der Baudeputation. Wir hatten beantragt, die Unterjudung von Vorkommnissen im R-antenhaue Roabit der Gesundheitsdeputation zu übertragen. Es handelt sich bei diesen Vorkommnissen um eine „Hausordnung“, die die Oberin den Pflegschaftlerinnen diktiert hat und die eine Blütenlese von Unzulänglichkeiten und Uebergriffen in das

WICHTIG IST
Ihre Anerkennung als verständnisvoller Raucher!
WICHTIG IST
dass Ihnen für Ihr schwer verdientes Geld wirklich Gutes geboten wird!
Ihr Urteil wird lauten:
**EIN WAHRER GENUSS
IST DIE NEUESTE
CIGARETTE
KALIE**

Rund
offm.

4-8

Türkisch
mild



Gebiet der persönlichen Freiheit enthält. Es wurde ferner über rigoroses Vorgehen gegen erkrankte Schwestern geflagt. Sie wurden sofort gefündigt und mußten noch während ihrer Krankheit ihr Zimmer räumen. Die Gesundheitsdeputation wurde mit der Untersuchung der Klagen beauftragt. Dann wurde ein Antrag der Volkspartei behandelt, die am 25. Januar gefassten Beschlüsse betr. Umbenennung von Namen für nichtig zu erklären. Kinthardt (D. Sp.) begründete seinen Antrag damit, daß er die Beschlußfähigkeit der Versammlung angezweifelt habe und der Vorsteher, Genosse Bublitz, weiter getagt habe, ohne die Beschlußfähigkeit festzustellen. Es ergab sich, daß Genosse Bublitz vollkommen korrekt und richtig gehandelt habe, und daß Kinthardt selber einem Verstum unterlegen war. Auf Antrag der Kommunisten wurde über den Antrag Kinthardt zur Tagesordnung übergegangen.

5. Bezirk - Friedrichshain.

In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung Friedrichshain benutzte der Kommunist Dittrowitz eine kleine Anrede, um gegen die Tätigkeit des Wohnungsamts Sturm zu laufen. Vom Dezernenten, Stadtrat Genossen Kojin, mußte er sich allerdings sagen lassen, daß bei Einweisungen, die den Widerstand des Hauswirts finden, auch das Wohnungsamt nach den gegenwärtigen gesetzlichen Handhaben nicht sofort ändernd eingreifen kann. Die Zwangsweisung durch einen entsprechenden Vertrag nimmt leider immer etwas Zeit in Anspruch. Genosse Theel verwies auf die engen Raumverhältnisse im Bezirk, die kaum einen weiteren Wohnungsbau zulassen. Ohne Debatte wurde die Vorlage zur Beschlußfassung auf Umgestaltung des Grundstücks Jellestraße 4 zu einem Schulsportplatz angenommen. Ebenso wurde der Vorbereitung der Holzmarktstraße zugestimmt. Ueber die Beratung des Verkehrsausschusses berichtete ausführlich der Genosse Buchmann. An handreichen Zahlenmaterial stützte er die Zunahme des Verkehrs allein im letzten Jahre, die mehr als 100 Millionen ausmacht. Nach längerer Debatte fanden die Vorschläge des Verkehrsausschusses Annahme. Darin wird gefordert: Verlängerung der Linie 66 bis Bartenberg, Führung einer Linie bis zum Kraftwerk Klingenberg, Verlegung einer Linie durch die Pöfener und Komintener Straße und einer Autobuslinie durch die Landsberger Allee. Zum Punkt Straßenumbenennungen betonte Stadtverordneter Bartheis (Dnat.) die Gegnerlichkeit seiner Fraktion gegen Umbenennungen, da die Tradition des Hergekommenen gewahrt werden müsse. Nach dem Beschluß, die Hüderstraße in Martha-Demning-Straße umzubenenen, ergaben sich starke Meinungsverschiedenheiten in einer Geschäftsordnungsdebatte. Die ganze Angelegenheit wurde deshalb nochmals einem neungliedrigen Ausschuss überwiesen. Dann trat Beratung ein.

14. Bezirk - Neudölln.

In der Bezirksversammlung vom 7. März fand als erster Punkt der Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Bezirksfraktion Annahme: Die Bezirksversammlung wolle beschließen: Das Bezirksamt wird ersucht, umgehend beim Landesarbeitsamt Schritte zu unternehmen, damit den durch die seitens der Berliner Metallindustriellen vorgenommene Stilllegung der Betriebe erwerbslos gewordenen Metallarbeitern die ihnen zustehende Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt wird. Nach diesem Punkt wurde die Debatte über einen kommunistischen Antrag betr. Änderung der Vorschriften über die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Erwerbslosenfürsorge unter mehrfachen Unterbrechungen und zeitweise recht erregten Auseinandersetzungen zu Ende geführt. Besonntlich hatte in einer früheren Sitzung der berichtigte „Deutsche-Vorwärts“-Kloß, die Herbe der Neudöllner Bezirksversammlung, zu diesem KPD-Antrag bemerkt, daß Erwerbslose die Wohlfahrtsanstalten der Stadt mißbrauchen. Diese Beschimpfung Erwerbsloser führte damals zum vorzeitigen Schluß. Diesmal sprach Herr Kloß in Abwesenheit unserer Fraktion, und es kostete dem Vorsteher viel Mühe, zu verhindern, daß die Versammlung nicht wieder aufflog. Erst nachdem diesen „Arbeiterfreund“ Kloß mehrere Ordnungsrufe erteilt und ihm dann das Wort entzogen wurde, trat Ruhe ein. Bevor die Versammlung auseinander ging, behandelten sie noch einen SPD-Antrag über Beseitigung von Härten anlässlich der Räumung von Kleingartenland auf dem Tempelhofer Feld. Unser Redner, Genosse Aschenbrenner, vertrat mit Entschiedenheit die berechtigten Interessen der Kleingärtner und erwartete, daß jede Rigorosität bei notwendigen Räumungen von Kleingärten unterbleibe, wie das ja bereits ein sozialdemokratischer, in der Stadtverordnetenversammlung gestellter und angenommenen Antrag verlange, daß vor jeder Einziehung von Heimstättengebiet die Stadtverordnetenversammlung zu hören sei, um etwaige Härten gar nicht erst aufkommen zu lassen.

19. Bezirk - Panlow.

In der Bezirksversammlung am 29. Februar 1928 trieben die Deutschnationalen Obstruktion, und zwar hatte es ihnen die Vorlage über die Straßenumbenennungen angetan. Die Sitzung wurde mit der Beratung dieser Vorlage vollständig ausgefüllt, ohne daß eine Erledigung erfolgte, so daß sich noch eine weitere Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigen muß. Die Deutschnationalen hatten den bereits vor mehreren Monaten eingereichten Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Vorberatung bekämpft und auch eine Verschleppung erreicht. Jetzt versuchte der Deutschnationale Faust durch Geschäftsordnungsanträge die Beratung zu vereiteln. Er behauptete frei und fest, es liegt zur Beratung keine geschäftsordnungsmäßige Vorlage vor, die Verhandlung könne also gar nicht stattfinden, und er beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Genosse Dittmer kennzeichnete die Obstruktion der Deutschnationalen als den Versuch, die monarchistischen Straßennamen für alle Ewigkeit beizubehalten. Alle Obstruktionsanträge verslehen der Ablehnung. In der Diskussion legte der Strategie Faust gegen die Vorlage los und behauptete, Stadtbaurat Hahn habe bereits 1923 die Unwahrheit gesagt, als er behauptete, die Post- und Eisenbahnbehörde habe die Umbenennung beantragt. Er berechnete die Kosten pro Schild mit 40 M., am Pfosten mit 30 M., für den Bezirk 19 in Summa mit 204 000 M., für Groß-Berlin mit 3 Millionen Mark. Schließlich beantragte er aber namens seiner Partei etwa 30 neue Bezeichnungen, und zwar über jede namentliche Abstimmung. Nach ihm kamen noch drei weitere deutschnationale Obstruktionsredner mit belanglosen Ausführungen zum Wort. Unserem Fraktionsredner Genossen Kubig blieb es vorbehalten, die unschöne und anmaßende Kränkel dieser Partei zu kennzeichnen. Unsere Fraktion beantragte nach, die Namen einiger Wirtshäuser, die die Deutschnationalen im Ausschuss vorschlugen hatten, durch andere Namen zu ersetzen. Der Kommunist Renz brachte die Namen von russischen Generalen in Vorschlag und beschwerte sich darüber, daß wir es strikte abgelehnt hatten, von der KPD. Vorschläge über die Ehrung unserer Vorkämpfer anzunehmen. Die Sitzung ging, wie gesagt, ohne einen Abschluß gefunden zu haben, zu Ende.

Kreisvertreterversammlungen.

Krenzberg.

In Kades Festfalen in der Hiesstraße hielt der 6. Kreis am 9. Februar seine Kreisvertreterversammlung ab. Den Geschäftsbericht des Kreisvorstandes gab Genosse Schweifardt, der betonte, daß der Kreis das ruhige Jahr benutzt habe, um Verberbeitung zu leisten. Weil der Kreis ständig das ganze Jahr hindurch an der Gewinnung neuer Mitglieder und „Vorwärts“-Lefer gearbeitet habe, sei das Ergebnis aus der Verberberwoche nicht so hoch, wie in anderen Bezirken. Am Jahresabschluss konnten immerhin über 400 neue Mitglieder gezählt werden. Die Jugend-, Frauen- und Kinderfreunde-bewegung konnte gleichfalls über einen ansehnlichen Zuwachs an neuen Mitgliedern berichten. Im letzten Jahr konnte auch die Arbeit der Elternbeiräte wirksam unterstützt werden. In

Achtung, Genossinnen!

Samstag, Freitag, den 9. März, 19 Uhr, in Haverlands Festfalen (Luisenpark), Neue Friedrichstr. 35 (Nähe Bahnhof Alexanderplatz)

Frauen-Konferenz

Tagesordnung: 1. „Die politische Situation.“ Referat der Genossin Clara Bohm-Schuch. 2. Neuwahl des Frauenausschusses. 3. Verschiedenes. - Kartkontrolle 1. Kreis. - Das Frauenstretariat.

der an den Geschäftsbericht sich anschließenden Debatte wurde von Genossen verlangt, daß in Berlin ein Haus, eine Ari Volkshotel, errichtet wird, in dem durchreisenden Genossen ein billiges Nachtquartier geboten werden kann. Dieser Wunsch wurde zu einem Antrag an den Bezirkstag erweitert. Die Wahl des Kreisvorstandes ergab Biederwahl des bisherigen Vorstandes. Gewählt wurden Genosse Schweifardt zum ersten, Genosse Litke zum zweiten Vorsitzenden, die Genossen Rosenbergs und Betnarek als Schriftführer und der Genosse Boigt als Kassierer. Für die Pressekommission wurde Genosse Barth vorgeschlagen.

Wedding.

Die Kreisvertreterversammlung des Kreises Wedding wurde in der Löwenbrauerei in der Horschstraße abgehalten. Genosse D. Frank, der den Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit gab, konnte berichten, daß die Mitgliederzahl des Kreises im letzten Jahr erheblich gestiegen ist. Im Jahre 1926 stieg die Mitgliederzahl um 17 Proz. und im Jahre 1927 sogar um 25 Proz. Der Mitgliederbestand beträgt fast 5000. Auch die Verberbeitung für den „Vorwärts“ war erfolgreich. Im Bezirk ist die Zahl der „Vorwärts“-Lefer höher als die Mitgliederzahl. Im Anschluß an die Berichte über die Frauenarbeit und des Bildungsausschusses gab Genosse Ucker den Kassenbericht. Nach einer sehr ausführlichen Diskussion appellierte Genosse Frank in seinem Schlußwort an die Opferbereitschaft der Funktionäre, auch in diesem Jahre mit gleichem Ernst und Willen die aufopfernde Arbeit für die Organisation zu leisten. „In diesem Jahr“, so sagte Genosse Frank, „können wir endlich abrechnen mit dem Bürgerloß.“ Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, und zwar Genosse Frank zum ersten, Genosse Kiefer zum zweiten Vorsitzenden, Genosse Ucker zum Kassierer und die Genossen Hennicke und Bahle zu Schriftführern.

Heilpädagogische Sprechstunden in Neudölln finden täglich von 8 bis 9 Uhr vorm. in der Sprachheil- und Schwerhörigen-Schule Neudölln, Gängehoferstraße (Schulbarade), statt. Die Untersuchung und Beratung für Sprachtränke, Schwerhörige, Schlämme, Schwachbegabte, Schwererziehbare usw. (Kinder und Erwachsene) ist kostenlos. Ganz besonders werden jetzt die Eltern der zu Ostern 1928 schulpflichtigen Kinder, die obige Mängel zeigen, auf diese Einrichtung aufmerksam gemacht. Ergibt die Untersuchung, daß diese Kinder ihres Lebens wegen in einer Normalschule das Ziel nicht werden erreichen können, so ist die Einschulung in die Sonderschule zweckmäßig, wo sie durch fachgemäße, individuelle Behandlung in kleinen Klassen nach dem Plan der Normalschule unterrichtet werden und nach Beseitigung oder Besserung des Leidens in die zuständige Volksschule des Wohnbezirks umgeschult werden. Bei weiten Wegen erhalten die Kinder je nach Bedürftigkeit Freifahrt auf der Straßenbahn.

Bewohnter Neubau vor dem Einsturz? Unter dieser Ueberschrift berichteten wir in der gestrigen Morgenausgabe über einen Neubau in der Soldiner Straße. Zu dieser Ratiz geht uns eine Darstellung des Bau- und Sparvereins „Eintracht“ zu, nach der durch Sachverständige festgestellt worden ist, daß wie bei den meisten Neubauten das Haus Soldiner Ecke Drontheimer Straße sich etwas geneigt hat. Zu irgendwelcher Beurteilung liegt nach Ansicht des Sachverständigen kein Anlaß vor.

Die Lombardstraße Bab. Seinerzeit berichteten wir über die Angelegenheit der Firma Bab, Berlin, Friedrich-Ecke Puttamerstraße. Der Geschäftsinhaber, Herr Bab, ersucht uns, auf Grund einer Mitteilung der amtlichen Pressestelle der preussischen Justizverwaltung im Kammergerichtsbezirk, Lagebuchnummer 1.46.28, mitzuteilen: Die Darstellung, die in der Presse über die Verfehlungen des Kaufmanns Siegmund Bab gegeben ist, ist nach dem Inhalt der Strafakten als übertrieben anzusehen. Bisher liegen nur Strafanzeigen von zwei Gläubigern des Bab vor, die insgesamt um circa 10 000 M. durch Bab auf betrügerische Weise geschädigt sein wollen. Die schwebende Voruntersuchung richtet sich nur gegen Bab und nicht auch gegen dessen Ehefrau und hat nur diese beiden Betrugsfälle sowie die Anschuldigung zum Gegenstande, daß Bab durch eine wissenschaftlich unvollständige Angabe seines Vermögens bei der am 12. März 1927 erfolgten Ableistung des Offenbarungseides Reineid begangen habe. - Aus Lokalitätsgründen geben wir dieser, den pressegesetzlichen Bestimmungen freilich nicht entsprechenden Berichtigung gern Raum. Im übrigen warten wir die Ermittlungen der Untersuchungsbehörden ab.

Die Generalversammlung des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. Berliner Mieterverein e. V. findet am Freitag, dem 9. März, im Nationalhof, Berlin S 57, Bülowstr. 37, statt.

Was sagt der Bär?



Schöpferischer Geist gestaltete das Wunderwerk des neuen Deutschland-Senders und gab seiner Kraft einen unerreichten Wirkungskreis. So beherrscht auch den größten Anhängerkreis durch ihren belebenden Genuß:

Joseitti Juno
Berlins meistgerauchte 4s Cigarette

Linksfurs gegen Sowjetbauern.

Stalin auf den Wegen der niedergeschlagenen Opposition.

Sowjetrußland steht gegenwärtig in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Hauptursache liegt in dem Mißerfolg der Getreidewirtschaft, der sogenannten Getreidebereitstellung. Obgleich die russische Ernte in den letzten drei Jahren den Friedensdurchschnitt überschritt, ist in den Städten und den ländlichen Getreidebezugsgebieten der Sowjetunion bereits ein Mangel an Getreide zu spüren.

Woher der Nahrungsmangel bei reichen Ernten?

Der ganze Kauf des Getreides sowohl für die Ausfuhr als auch für den inländischen Verbrauch befindet sich in Rußland fast ausschließlich in den Händen der staatlichen Organisationen zur Getreidebereitstellung. Die Berechnungen des Statistischen Zentralamtes für die letzten Jahre haben gezeigt, daß der Staat zur Sicherstellung des normalen inländischen Verbrauches in Jahren mittlerer Ernte nicht weniger als 500 Millionen Rub (1 Rub = 16,4 Kilogramm) zu beschaffen hat; 320 bis 340 Millionen Rub für die Ernährung der städtischen Bevölkerung, 50 Millionen Rub für die Armee, 80 bis 100 Millionen Rub für die Deckung des Bedarfs der ländlichen Getreidebezugsgebiete und 30 Millionen Rub für den industriellen Verbrauch. Für die Ausfuhr kann nur freigegeben werden, was über diesen Bedarf hinaus vom Staate bereitgestellt wird.

Bei dieser Sachlage kann man verstehen, daß in den führenden Sowjetkreisen eine große Beunruhigung entstand, als sich herausstellte, daß die Getreidebereitstellung im laufenden Jahr viel langsamer vor sich geht als im Vorjahr. Im Wirtschaftsjahr 1926/27 wurden in der Zeit vom Juli bis einschließl. Dezember 428 Millionen Rub bereitgestellt, in der gleichen Zeit des laufenden Jahres aber nur 300 Millionen Rub, das heißt nur 70 Proz. der vorjährigen Menge („Ökonomische Wochenschrift“, 17. Februar). Dabei wurden besonders Befürchtungen durch den Umstand hervorgerufen, daß die Getreidebereitstellung von Monat zu Monat im Vergleich zum Vorjahr zurückging. Die wesentlichste Ursache des Mißerfolges der Getreidebereitstellung ist die

falsche Politik gegenüber den Bauern

beim Getreidekauf durch den Staat. Die staatlich festgesetzten Getreidepreise waren für die Bauern äußerst ungünstig, sie lagen 30 bis 50 Proz. unter dem Preisniveau des jeweils nächstliegenden städtischen Marktes. Die niedrigen Preise, die der Staat den Bauern zahlte, lösten auf der Bauernwirtschaft ganz besonders, weil die Preise der Industrieerzeugnisse im Vergleich zu den Friedens- und den Weltmarktpreisen um das Zwei- bis Dreifache gestiegen sind. Weil der Bauer außerdem kein Vertrauen zur Stabilität der Währung hat, zieht er es vor, das Getreide und die übrigen Produkte seines Betriebes nur in dem Umfange zu verkaufen, der zur Abtragung der Steuerlasten und zum Ankauf der erforderlichen Industriewaren unbedingt notwendig ist. Inzwischen hat er oft nicht die Möglichkeit, diese Waren zu erwerben, ist es, weil ihre Preise, gemessen an den Getreidepreisen, außergewöhnlich hoch sind (Preisübersch), sei es, weil die von ihm benötigten Waren auf dem Markt überhaupt nicht vorhanden sind. Unter diesen Umständen hat der Bauer keinerlei wirtschaftlichen Anlaß, sich mit dem Verkauf seines Getreides zu beeilen.

Das Scheitern der Getreidebereitstellungskampagne hat alle sowjetrussischen Regierungspläne für das kommende Jahr in Frage gestellt:

Ausfuhr, Einfuhr, aktives Handelsbilanz, Erweiterung der Industrie, Stabilität der Währung, — alles ist bedroht.

Die Erweiterung der einheimischen industriellen Produktion und die Steigerung des Imports von Fertigfabrikaten, tatsächlich das einzige Mittel, die Menge der industriellen Erzeugnisse im Inland zu vermehren, und die Bauern zur verstärkten Hergabe von Getreide zu veranlassen, hatten aber bei dem Fehlen eigenen Kapitals die Heranziehung ausländischer Kapitalien in der Form von langfristigen Waren- oder Kapitalkrediten zur Voraussetzung. Wesentliche Ergebnisse kann man indes, wie die Erfahrung der letzten Jahre (darunter auch die Resultate des deutsch-russischen Handels) gelehrt hat, in dieser Richtung nur erzielen, wenn man die rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen ändert, denen die Kapitalanlage und der Handel ausländischer Firmen in Rußland unterworfen sind.

Diesen Weg hat die Sowjetregierung nicht beschritten. In der kommunistischen Partei haben wieder ultralinke Strömungen, die die

Methoden des Kriegskommunismus

für das Wesen der revolutionären Taktik einer kommunistischen Partei hatten, die Oberhand gewonnen. Nach einigen Schwankungen

hat man sich entschlossen, erstens alle verfügbaren Industriewaren in die agrarischen Bezirke zu werfen und die Bauern zweitens durch Gewaltmaßnahmen zu zwingen, das Getreide an die staatlichen Organisationen zu verkaufen.

Die lokalen Steuer- und Verwaltungsorgane wurden angewiesen, alle Steuerrückstände und alle ausstehenden Saatkredite usw. einzutreiben. Den örtlichen Sowjets wurde „anempfohlen“, auf dem Wege der „Selbstbesteuerung“ die von den wohlhabenden Bauern zu leistenden Steuerzahlungen um 30 Proz. zu erhöhen. Eine besondere Bauernanleihe wurde aufgelegt und durch Zwangsmaßnahmen auf dem flachen Lande „untergebracht“. Unterlag wurde den Bauern, ihr Getreide auf den nächsten Markt zu bringen. Die zentralen Regierungsorgane empfahlen, dem § 107 des Strafgesetzbuches (in der Ukraine § 127) eine Auslegung zu geben, auf Grund derer durch gerichtliche Verfolgungen gegenüber den Bauern, die Getreide haben und es dem Staat nicht zu den amtlichen Richtpreisen verkaufen wollen, ein Exempel statuiert werden könnte.

Das Ergebnis war, daß die angekündigten Strafgerichte in einer Reihe von Ortschaften wirklich stattgefunden haben, daß vielen Hunderten von Bauern durch gerichtliche Konfiskationen ihr Vermögen geraubt wurde, und daß die Angeklagten selbst zu Gefängnisstrafen von einem bis zwei Jahren verurteilt wurden.

Durch solche Maßnahmen ist es gelungen, die Menge des bereitgestellten Getreides zu erhöhen. Im Januar wurden 76 Millionen, im Februar an die 100 Millionen Rub beschafft. Und wenn auch trotzdem noch um 10 bis 12 Proz. weniger Getreide bereitgestellt ist als im Vorjahre, so kann man doch annehmen, daß in den kommenden Monaten Getreide in dem nötigen Umfang beschafft werden wird.

Die Folgen dieser Politik müssen verhängnisvoll sein.

Bei dem herrschenden Mangel an Industriewaren hat die Hinüberleitung von Waren auf das flache Land auf Kosten der Städte eine akute Warennot in der Stadt verursacht. Aus den Geschäften verschwand die allerwertvollsten Industrieartikel. Durch die gewaltsame Enteignung des Getreides eingeschüchtert, gingen auf der anderen Seite die Bauern dazu über, Milch, Butter, Eier und andere landwirtschaftliche Produkte zurückzuhalten, und die Zufuhr von Lebensmitteln nach den Städten ist stark zurückgegangen. In den Städten entstand eine Situation, die an die Jahre des Bürgerkrieges erinnert.

Die Leidtragenden in den Städten sind die Arbeiter, weil die neue Sowjetbourgeoisie die nötigen Waren, wenn auch zu überhöhten Preisen, doch zu beschaffen weiß. Die Lage ist so gespannt, daß auf einer Konferenz des Metallarbeiterverbandes Rykow als Referent mit Anfragen und Protesten wegen des Warenmangels in den Städten überschüttet wurde. „Die Regierung war gezwungen, um die ununterbrochene Getreideversorgung der Städte sicherzustellen, sie vorübergehend der Industriewaren zu entbehren. . . Das kommende Jahr oder auch die beiden nächsten werden kaum besser sein als das, das wir jetzt durchmachen“, gestand Rykow in seinem Schlußwort.

Trotz der Entblößung der Städte konnte der bäuerliche Warenbedarf nicht befriedigt werden. Die gewaltsame Wegnahme des Getreides hat auf dem Lande die stärkste Erregung hervorgerufen. Das Vertrauen zum neuen Wirtschaftspolitik (NEP), das mit vieler Mühe im Laufe der letzten Jahre zu erringen versucht wurde, ist wieder untergraben durch die jüngsten Maßnahmen. Nicht nur vor dem Großbauer, sondern schließlich vor jedem Landwirt steht die Frage, ob eine weitere Ausdehnung seines Betriebes zweckmäßig ist. Die Folge ist wachsender brennender Haß gegen die Staatsmacht.

Die Geschichte wiederholt sich!

In den ersten Jahren der Sowjetherrschaft nahmen die Kommunisten den Bauern das Getreide mit Gewalt weg. Der Erfolg war, daß die Bauern überall die Anbaufläche auf das Mindestmaß, das gerade ihren Bedarf sicherstellte, einschränkten. Als notwendige Folge waren zu verzeichnen: wirtschaftlicher Zerfall in Landwirtschaft und Industrie, Hungernot, Epidemien, Aufstände. Der volle Zusammenbruch konnte nur durch die schleinige Umkehr zur NEP verhindert werden. Die Lehren der Geschichte mußten, so schien es, gut verstanden worden sein, ein Rückfall zu den Methoden des Kriegskommunismus schien unmöglich.

Als auf dem fünfzehnten Parteitag der KP. der Sowjetunion die Opposition die Methoden des Kriegskommunismus propagierte, wehrte Stalin entschieden ab: „Nie werden wir diesen wahnhaften Weg beschreiten!“ Nach der Niederwerfung der Opposition hat man Stalin selbst, unter Verwerfung aller Postulate, was in der Opposition enthalten war, gerade die verhängnisvollsten ihrer Forderungen vernünftlich.

der elässlichen Textilindustrie kein Zugeständnis gemacht. In der Liste A 1 sind industrielle Halbfabrikate enthalten, die im Saargebiet nach dem Zolltarif C 1 und C 2 regeln die Eiseneinfuhr unter Berücksichtigung des Eisenspaltes. Auf Grund der hierin enthaltenen Maschinenklausel dürfen Maschinen aus Deutschland nur in dem Umfang eingeführt werden, wie sie zur Ergänzung und zum Ausbau schon bestehender Anlagen benötigt werden.

Die Gegenliste B enthält die Waren, die aus dem Saargebiet zollfrei nach Deutschland ausgeführt werden. Außer Rohstoffen, Holz, Papier- und Eisenwaren und vor allem Glas- und Steinzeugwaren sind hierin trotz des Widerstandes deutscher Industriekreise auch Leder und Tabakwaren enthalten.

Im Rahmen dieser Liste ist für Wehl ein 4000-Tonnen-Kontingent zu einem Zollfuß von 6 M. je Doppelzentner, ferner ein zollfreies Tabakkontingent von 700 Tonnen, und für Zigaretten ein zollfreies Kontingent von 10 Millionen Stück festgesetzt. Weitere Vergünstigungen die Deutschland dem Saargebiet gewähren wollte, wurden von französischer Seite mit Rücksicht auf französische Exportinteressen in Deutschland nicht zugestanden. Drei weitere Listen B 1, B 2, B 3 regeln die Ausfuhr von Saareisen nach Deutschland auf Grund des internationalen Eisenspaltes.

Das Abkommen liegt dem Reichstagspräsident vor und soll nach dem Reichstag verabschiedet werden. Es ist unbefristet und kann erst am 30. Juni 1929, später mit Vierteljahresfrist zum Ende jedes Kalenderjahres gekündigt werden.

Deutsche Kraftfahrzeuge.

Auf der Leipziger Messe.

F. W. Leipzig, im März. (Eigenbericht.)

Es ist das zweitemal, daß sich der Reichsverband der Automobilindustrie entschlossen hat, eine Kraftwagen-Ausstellung gefondert und außerhalb der Reichshauptstadt zu veranstalten. Die vorjährige Kölner Ausstellung war beinahe ausschließlich hinsichtlich ein Mißerfolg gewesen. Der große Besuch der damaligen Ausstellung blieb aus.

Bisher sind erst wenige Tage der Leipziger Ausstellung vergangen. Wenn auch selbstredend über ihren Erfolg noch keinerlei Urteil abgegeben werden kann, so darf aber zweifellos sofort gesagt werden, daß die zeitliche Zusammenlegung dieser Ausstellung mit der Leipziger Frühjahrsmesse als eine glückliche Maßnahme bezeichnet werden muß. Doch ist auch diese Ausstellung genau wie die Kölner zunächst als Versuch zu werten; zweifelslos aber als ein erfolgversprechenderer. Die Leipziger Messe hat ihre Tradition und zieht stets ungeheure Besuchermassen aus dem In- und Ausland nach Leipzig. Diesmal ist der Besuch besonders gut.

Beinahe jeder Ein- und Verkäufer ist auch Interessent für Kraftfahrzeuge. Schon in jedem kleinen Betrieb des Gewerbes, Handels und der Industrie ist man dazu übergegangen, das Motorfahrzeug zur Beförderung der Lasten zu benutzen. Es spielt dabei keine Rolle, ob es sich um ein kleines Lieferdreirad für wenige Zentner Nutzlast, wie es vor allen Dingen für kleine Gewerbetreibende in Betracht kommt, oder um mittlere oder schwere Lastwagen handelt. Die Verbraucher von Lastfahrzeugen sind auf der Messe und haben Gelegenheit, sich gleich hier darüber zu informieren, welche Fahrzeuge für sie die geeignetsten sind. Tatsächlich war der bisherige Besuch der Automobilausstellung in der neu erbauten Halle, die bei 115 Meter Länge ohne jegliche Mittelstütze ausgeführt ist und als ein hervorragendes Bauwerk zu bezeichnen ist, ein sehr guter. Und zwar in erster Linie seitens wirklich ernsthafter Reflektanten.

Die Ausstellung gibt einen guten Gesamtüberblick über den hochentwickelten deutschen Kraftfahrzeugbau. Das Ausland ist so nur sehr schwach vertreten. Dies hat darin seine Begründung, daß wir in Deutschland technisch im Kraftfahrzeugbau auf gleicher Höhe sind und somit dem Ausland wenig Anreiz gegeben ist, eine Ausstellung zu besuchen, die für dasselbe wenig Erfolg voraussagen läßt. So beschränken sich die paar Ausländer auch lediglich auf leichte Fahrzeuge, ein Gebiet, das bisher von unserer heimischen Industrie nur sehr wenig beachtet worden ist. Erst neuerdings haben auch eine Reihe deutscher Firmen solche leichten Lastwagen für 1 und 1½ Tonnen Nutzlast gebaut. Hiermit können wir nun jederzeit die Konkurrenz mit dem Ausland aufnehmen, zumal sich die Preise für diese Wagen in Grenzen bewegen, die nicht teurer als die ausländischen sind, teilweise sogar unter diesen liegen.

Viel wesentlich Neues ist hier nicht zu sehen. Man hat sich in erster Linie darauf beschränkt, die bisherigen Modelle weiter zu vervollkommen und bzw. neue Modelle aus ihnen heraus zu entwickeln. Die modernen Erfindungen des Automobilbaus wie Vierradbremse, elastische Rotoraxen usw. werden immer mehr Allgegenwart. Als hauptsächlichste Tendenzen dieser Ausstellung ist die immer umfangreicher werdende Verwendung des Sechszylindermotors sowie das Streben nach leichteren und mittelstarken Fahrzeugen festzustellen.

Wie schlecht es der Industrie geht!

An einem Tage 13 Dividendenerhöhungen gemeldet.

Alle Unternehmer sind sich gleich in der ewig wiederkehrenden Behauptung, daß nichts oder zu wenig verdient wird. Im Laufe des gestrigen Tages wurden nun 16 größere Jahresabschlüsse bekannt, von denen allein 13 ihre Dividenden heraufsetzten. Es verstellen:

	Proz. Dividende im Jahre 1927	Proz. Dividende im Jahre 1928
J. Berger Tiefbau A.G. Berlin	20	15
Neue Baumwollspinnerei Hof A.G.	16	12
Sarotti A.G. Berlin	12	12
Juleptunerei und Weberei Bremen	10	7
Industriebau Held u. Franke, Berlin	10	0
Riederer'scher Kohlenwerke	10	10
Altkienfärberei Rünchberg	9	8
Sirotauer Glashütte, Berlin	9	8
A.G. für Glasindustrie, Dresden	9	8
Staber Lederfabrik, Stade	8,5	6
Ber. Holzstoff- u. Papier-A.G. Riedererschiga	8	6
Brechlust-Werkzeug u. Oberchw.	8	8
Ber. Märkische Tuchfabriken	7	0
Hürstener Porzellan-A.G.	6	0
Legit-Industrie A.G. Riedersheim	6	0
Stod. Spiralspinner- u. Maschinen A.G.	5	0

Dabei muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß in den ausgezahlten Dividenden noch lange nicht alle Gewinne stecken. Aber schlecht geht es der Industrie. Wie sollte man weiter schreiben können, wenn man die Wahrheit sagen würde.

Großhandelsindex im Februar. Die für den Monatsdurchschnitt Februar 1928 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Vormonat um 0,6 Proz. auf 127,9 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen hat die Unterziffer für Agrarstoffe um 1,6 Proz. auf 130,1 und diejenige für Kolonialwaren um 0,2 Proz. auf 129,7 nachgegeben. Unter den Industriestoffen ist die Unterziffer für Rohstoffe und Halbwaren um 0,6 Proz. auf 133,6 gesunken, während die Unterziffer der industriellen Fertigwaren um 0,4 Proz. auf 136,6 gestiegen ist.

Umsatz- und Exportsteigerung in der Damenkonfektion. Wie der Verband deutscher Damen- und Wädhemmantel-Fabrikanten mitteilt, ist der Gesamtumsatz in der Damenkonfektion im letzten Jahre um 27,2 Proz. höher gewesen als im Vorjahr. Er betrug bei 261 von 275 Verbandmitgliedern 355,5 gegen 275 Millionen Mark im Vorjahr. Der Export, der von 36,8 auf 51,4 Millionen Mark stieg, hat sich sogar um rund 40 Proz. gegen 1926 erhöht.

Eine revolutionäre Erfindung wird aus London gemeldet. Der Vertreter der Firma Sindley, Duffield u. Co. soll eine Erfindung gemacht haben, die durch Verminderung der Kosten bei der Fabrikation von Rohstoffen um 50 Proz. die Eisen- und Stahlindustrie nach Großbritannien revolutionieren werde. Es wird behauptet, daß das neue Eisen zu 35 Schilling pro Tonne erzeugt werden könne. — Wäre das der Fall, so würde damit sicher ein großer Fortschritt gemacht. Man wird aber abwarten müssen, ob diese sensationelle Meldung auch wahr ist.

Der Güterverkehr der Reichsbahn hat in der Woche zum 25. Februar leicht abgenommen. Die arbeitstägliche Wagenaussstellung hat sich gegenüber der Vorwoche von 143 300 auf 142 600 Wagen gesenkt.

Das Saarländische Abkommen.

Wege der deutsch-französischen Verständigung.

Wir haben bereits bei dem Abschluß des deutsch-französischen Saarländischen Abkommens am 23. Februar 1928 darauf hingewiesen, daß mit diesem Vertrag endlich einem Zustand ein Ende gemacht wurde, in dem das Wirtschaftsleben des Saargebietes nie gefunden konnte. Auf der Grundlage, daß dieser Vertrag ausschließlich der Behebung der wirtschaftlichen Notlage des Saargebietes dienen sollte, kamen die Verhandlungen in Fluß und zum endgültigen Abschluß.

Der Zug des Vertrages schließt sich den bisherigen Teilabkommen an, die erweitert und ergänzt sind. Die Verteilung der Kontingente wird wie bisher durch den französischen Zolldirektor und den deutschen Delegierten des Reichswirtschaftsrats vorgenommen. Bis auf wenige Ausnahmen sind für die deutsche Einfuhr in das Saargebiet bestimmte Mengen, d. h. Kontingente festgesetzt. Außer 31 Positionen, die Zollfreiheit genießen, werden die eingeführten Waren zu dem französischen Minimaltariff oder mit einem 30-50prozentigen Abschlag auf den Minimaltariff verzollt.

Wichtig ist, daß bei dieser Einfuhrliste A, in der die Waren des allgemeinen Verbrauchs enthalten sind, Legitimen ausgenommen wurden. In diesem Punkt hat Frankreich wegen

Textilraum.

Von Vera Inber (Moskau).

Das Stillsitzen war für acht Uhr abends verabredet. Um diese Zeit sind die Maschinen verstummt — die Herzen sprechen. Um acht Uhr abends verdeckten dicke, graue Wolken den Mond, Wind erhob sich, Schnee begann zu fallen. Und das Schneegestöber tauchte über die Stadt hin, verwehte den kleinen Park und setzte dort diamantene Hügel an.

Dmitrij Isurenkow, der noch nicht allzu viele Jahre zählte, war Student des zootechnischen Instituts. Nach dieser Bezeichnung zu schließen, konnte man sich dort schwermütig eine Textilabteilung vorstellen. Und doch gab es eine solche Textilabteilung — und sie florierete.

Als Dmitrij Isurenkow an Ort und Stelle war, bot er sein Gesicht dem munteren Schneestreiben, wie es sich für einen Mann gehört, der an seinen Stern glaubt. Und Dmitrij Isurenkow konnte diesen Stern sehr gut. In seinen Träumen sah er sich als Direktor einer Fabrik. Webstühle und taktunpräparierende Werkzeuge, die ihm alle untertan waren, glänzten von Kupfer und Nickel. Zentimeter, Meter, Kilometer von Stoff laussten durch die Webstühle. Es war genug da, um die ganze Sowjetunion mit Planeln und Chiffon zu versorgen. Und die Union verlangte sich. Und Dmitrij Isurenkows Name wurde in Kreisen der „Roten Direktoren“ mit einer gewissen Hochachtung ausgesprochen.

Aber jetzt, vorläufig, wartete er auf seine Geliebte. Ihr soziales Gesicht trug einen unbestimmten Ausdruck (was Dmitrij Isurenkow besonders aufregte). Aber dieses Mädchen Gesicht war ausgesprochen reizend (auch das regte Dmitrij Isurenkow besonders auf). In seinen Zukunfts träumen sah er die Geliebte an seiner Seite. Sie lebte, gemeinsam mit ihm, in der Fabrik und jeder Webstuhl war ihr so vertraut, als wäre er ihr eigenes Kind. In schweren Stunden, wenn Uberschwemmung oder Brandkatastrophen die Fabrik heimsuchten (auch dazwischen hatte Dmitrij Isurenkow im Auge), benahm sich die Geliebte wie ein Krieger, wie die Frau eines Kriegers rettete sie die wertvollen Kupferplatten aus dem Brazierzimmer, Musterbretter, auf denen die Entwürfe zukünftiger Planelle und Battiste aufblühten. Sie huschte durch die Rauchschwaden, stapfte durchs Wasser, und staunig, wie ägyptische Baumwolle, leuchtete ihr Haar rosa lila in den Flammenmeer.

„Guten Abend!“ — sagte die Geliebte mit süßiger Stimme. „Was für einen schrecklichen Ort haben Sie da ausgesucht — es sieht wie in einem Foh! Können wir nicht in ein Kino gehen?“

Dmitrij Isurenkow drehte sämtliche Taschen um, dann sagte er: „Nein, das können wir nicht.“

Dann, nachdem die Geliebte seinen Arm genommen hatte, an seiner Schulter gestützt, während er sie mit seiner anderen Schulter vor dem Schneegestöber zu schützen versuchte, führte er sie über die Kusnezkybrücke. Er mußte ihr auseinandersetzen, daß er sich die Zukunft nur an ihrer Seite vorstellte, daß ihre Wimpern unter dem feinen Schneefog wunderbar auslachen, und daß seine Liebe zu ihr von Tag zu Tag stieg, ebenso wie die Produktion des Landes.

Vor einem Schaufenster, darin wohliger warmer und zarter Stoff in Schattierungen von Rosen und Violett lag, blieb Dmitrij Isurenkow stehen: „Sehen Sie nur, wie der Trast arbeitet.“ sagte er. „Ich möchte eine Frau sein, um diese herrlichen Dinge tragen zu können. Hervorragend!“

„Unfinn.“ sagte die Geliebte. „das ist Barock, billiger Kram, Schund. Wer trägt denn solche Sachen? Selbstverständlich, wenn man noch nie einen ausländischen Stoff gesehen hat.“

„Schund?“ fragte Dmitrij Isurenkow, „warum Schund?“

„Dorum, weil man bei uns nichts Anständiges erzeugt!“

„Erlauben Sie!“ schrie Dmitrij Isurenkow. „Aber sie erlaubte nicht.“

„Nein, erlauben Sie!“ schrie jetzt sie in Wind und Schnee hinaus. „Sprechen Sie nicht über Dinge, von denen Sie nichts verstehen! Oder tragen Sie etwa leidende Wäsche? Haben Sie schon einmal russische Crêpe de Chine gekauft? Das ist es ja eben. Eftiges Zeug ist das. Da, sehen Sie!“

Und so recht, wie einem Schwachen, stigen Weiß gezeichnet, wandte sie dem Schneegestöber den Rücken und lästete an der Brust den Eichhörndchenpelztragen. Dmitrij Isurenkow neigte sich ihr zu, fühlte die duftende Wärme des Felzes, sah eine malte Perlenkette und den perlmuttarborenen Brustschatz unter der Pelzweste.

„Da, sehen Sie her!“ sagte die Geliebte und legte den weißen Wollhandschuh auf die Brust — „was glauben Sie, ist das?“

„Was?“ fragte Isurenkow. „Ich weiß es nicht. Ich liebe Sie.“

„Ich aber weiß es. Das ist russische Seide, die auseinander geht!“ Und sie fuhr mit der Hand unter den Pelz. Da sah Dmitrij Isurenkow die orangefarbene Seide der Wäsche, schlieflich geworden, wie es schon bei Seide ist, wenn sie auseinander geht.

„Das ist russische Crêpe de Chine.“ schrie die Geliebte triumphierend in Wind und Schnee hinaus. Und das wollen Sie verteidigen. Während im Ausland . . .“

„Nun, bei uns ist das eben etwas ganz anderes.“ wehrte sich Dmitrij Isurenkow verzweifelt. „Wir können alles. Aber das Rohmaterial . . . verstehen Sie mich?“

„Unfinn.“ antwortete sie. „In einem Jahre fahre ich nach Paris und bleibe dort — für immer. Niemand ist von dort nicht weit, in den Cafés darf man tanzen und in den Geschäften gibt es an Ostianstagen „Ausverkauf“, da kann man beste Seide zu Spottpreisen kaufen.“

„Wie? Paris?“ wollte Dmitrij Isurenkow fragen, aber das Wort blieb ihm im Halse stecken. „Und die Fabriken? Die Uberschwemmungen? Brandkatastrophen? Und das Haar, rosafarben leuchtend, lila in den Flammenmeer? Und mein Traum?“ Aber das alles erglänzte ja gar nicht.

„Es ist schon spät.“ sagte Dmitrij Isurenkow, diesmal mit zitternder Stimme. „Ich muß morgen zeitig aufstehen. Ich werde Sie nach Hause begleiten.“

Vor dem Haus war ein großer Schneehaufen. Die Geliebte verließ ihn und Rose in dem warmen Eichhörndchen. Die Wimpern, schwer, vom Schnee, waren nicht so unerträglich schön, wie vorher.

„Wann sehen wir uns wieder? Auf Wiedersehen!“ sagte sie. „Adieu.“ antwortete Dmitrij Isurenkow. „Die Fäden, die uns verbunden haben, sind abgerissen. Liebesbände sind schön . . . aber das Rohmaterial ist minder . . .“

Und er ging von ihr, hat seine Brust dem Winde, wie es sich für einen richtigen Mann ziemt.

(Aus dem Russischen von Erwin Hoffmann.)

Bombardement mit Elektronen.

Epochemachende Versuche.

Ueber aufsehenerregende Versuche, die in dem Laboratorium der amerikanischen Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu Schenectady von Dr. William D. Coolidge unternommen werden, wissen New-Yorker Blätter merkwürdige Dinge zu berichten. Coolidge arbeitet daran, dem Rätsel des Atoms auf die Spur zu kommen und benützt dazu Bombardements mit Elektronen, die sich mit einer Geschwindigkeit von 175 000 englischen Meilen in der Sekunde fortbewegen. Der Befehrs, der wegen seiner hervorragenden Arbeiten für sich die Edison-Medaille erhielt, hat einen Apparat erbaut, der aus einer Glasröhre und einer Glocke besteht, mit einer Metallröhre, die in die offene Luft reicht. Ein Vacuum wird in der Glasröhre und Glocke hergestellt und ein kleines Stück Wolfram wird in dem luftleeren Raum aufgehängt. Dann wird eine elektrische Ladung eingeführt und „freie Elektronen“, die das Wolfram umgeben, werden durch Glas- und Metallröhre auf eine Entfernung von einigen Fuß auf die Kugel geschickt. Am Ausgang der Metallröhre befindet sich ein „Fenster“, das nur ein zehntausendstel Zoll dick ist und die Röhre hermetisch verschließt, aber den Elektronen den Durchgang ohne Schädigung gestattet. Der Gegenstand, der bombardiert werden soll, wird direkt vor das „Fenster“ gebracht. Zunächst verwendete Coolidge nur eine Glocke, in der 300 000 Volt erzeugt wurden; dann aber hat er eine neue Röhre mit drei Glocken hergestellt, die 900 000 Volt erzeugen. Während die Elektronen bei 300 000 Volt 150 000 englische Meilen in der Sekunde zurücklegen, wird diese Geschwindigkeit bei 900 000 Volt nur um 25 000 Meilen erhöht. Coolidge hofft, die Geschwindigkeit der Elektronen bis auf die des Lichtes zu steigern, also auf 186 000 Meilen in der Sekunde, aber dazu würde er wahrscheinlich 3 Millionen Volt brauchen.

Das Wolfram-Atom kann wie jedes Atom mit dem Sonnensystem verglichen werden. Die Sonne stellt dann die positiven Elektronen des Zentrums dar und die Planeten bilden die äußeren negativen Elektronen. Außerdem gibt es aber auch noch in diesem „Sonnensystem“ des Atoms wandernde Körper, die die „freien“ Elektronen bilden. Mit diesen „freien“ Elektronen, die sich in den Atomen jedes Elements finden, führt Coolidge sein Bombardement aus. Wenn es ihm auch noch gelingen würde, die negativen Elektronen von dem Wolframstück in der Röhre zu trennen, so würde

er eine „Explosion“ des Wolfram-Atoms hervorrufen, und das könnte zu den ungeheuerlichsten Folgen führen. Dann würde man das Geheimnis der Atomenergie kennenlernen und könnte der Menschheit eine beständige und billige Kraftquelle erschließen. Die „freien“ Elektronen, die von dem Wolfram sich absondern, stören die Atome nicht; sie werden nach der heutigen Anschauung von anderen freien Elektronen in der Luft erfasst, oder die ursprünglichen freien Elektronen kehren wieder in ihre ursprüngliche Stellung zurück, was bei der ungeheuren Schnelligkeit ihrer Bewegung durchaus möglich ist.

Nach für den alten Traum der Alchimisten, die Verwandlung wertloserer Metalle in Gold, eröffnen sich hier Aussichten. Jedes Atom in jedem Element besteht ja aus einer bestimmten Anzahl von positiven Elektronen in dem Mittelkern, um den sich eine entsprechende Zahl von negativen Elektronen bewegen. Würde es gelingen, von Elementen, die mehr Elektronen besitzen als das Gold, eine bestimmte Menge abzusondern, oder Elementen mit weniger Elektronen die Menge hinzu zufügen, die sie zu der Zahl der Elektronen des Goldatoms ergänzt, dann würde man die Umwandlung in Gold durchführen können.

Die Ergebnisse, die Coolidge bisher mit seinem Bombardement erzielt hat, haben keinen besonderen praktischen Wert. Er hat nur dadurch eine Methode gefunden, um echte Saphire von künstlichen zu unterscheiden. Saphire, die echt sind, glühen unter dem Bombardement auf, behalten aber dieses Glühen nicht, während es bei künstlichen Saphiren fortbesteht. Butter und Milch, die dem Bombardement ausgesetzt waren, wurden dadurch ungenießbar. Tabak wurde nicht berührt, Knochentiere wurden zerbrechlich wie Glas, einige Flüssigkeiten wurden in einen festen Zustand, einige feste Stoffe in Gas übergeführt. Weizenkörner, die mit Elektronen beschossen waren, zeigten zunächst ein vermindertes Wachstum, entwickelten sich dann aber normal. Bei Heilversuchen mit den bombardierten Elektronen erwiefen sich diese den Röntgenstrahlen überlegen, da sie Bakterien töten. Man hofft, darin ein Mittel zur Heilung des Krebses zu finden. Das amerikanische Kriegsministerium führt geheime Untersuchungen aus, um dadurch „Todesstrahlen“ zu gewinnen. Aber alle diese Arbeiten sind noch in den Anfängen und haben zu keinen brauchbaren Ergebnissen geführt.

Was Dahlem gegenwärtig bietet.

Ehe unser Frühling eintritt, tut man gut, einmal wieder unter Palmen, Bananen und anderen unwirklichen Gewächsen zu wandeln. Bis man auf gut tropisch zu schwärzen beginnt und einem das perschnappte Berlin auf ein Ständchen gänzlich abhanden kommt. Von 10 bis 4 Uhr ist zurzeit an Sonntagen der Garten geöffnet, und der Weg durch die Glashäuser bietet immer wieder Neues. Primein, Rhododendron und Citragewächse, das sind einige der Gruppen, die zurzeit florieren. Zwei Gegenpole der Pflanzenwelt aber, Orchideen und Kakteen, fesseln, wie immer, die meisten Besucher. Bei den Orchideen stößt man abermals auf nie Gesehenes. Bald fasziniert die Schönheit der geschwungenen Formen und der Färbung, bald die ins Graueste sich steigende Bizarrie dieser Blüten, bald ein Gemisch aus beidem, und man muß bekennen, daß diese Gewächse einen der Gipfel der gesamten Lebewelt bedeuten und keine menschliche Phantasie den Weitbewerker mit ihnen aufzunehmen vermöchte. Während bei den Orchideen nirgends eine gerade Linie zu bemerken ist, stoßen wir im Kakteenhaus auf eine sozusagen fleischgewordene Mathematik, auf geballte Gewächse, die statt von Blättern von Stacheln starren. Vom zarten Stachelnbaum bis zu fingerlangen Spines ist alles vertreten, und diese wehrhaften Gebilde sind paradoxerweise hier noch durch ein Drahtgitter geschützt! Denn die Kakteen sind Wabepflanzen, ihre Wobhaber verfügen sogar über eigene Zeilströmer, und das Drahtgitter soll die „handgreifliche“ Anziehungskraft eindämmen, den diese vegetabilischen Radestissen ausüben. Die Bewunderer der Orchideen und die der Kakteen bilden sicherlich ganz verschiedene Gruppen. Aber auch der für Mathematik und Rhinismus minder Begabte kann sich dem Reiz dieser Gebilde nicht entziehen, bis ihre Starrheit und Symmetrie ihn schließlich ermüdet, Dasselbe Gewächshaus enthält auch die anderen Sukkulenten, eine allgemeine Bezeichnung (Fleischgewächse) für in Anpassung an Wüstenstandorte meist blattlos, aber fleischig entwickelte Pflanzen, die nach dem Bau ihrer Blüten und Früchte aber im Systeme weit voneinander entfernt sind. Daß es dabei auch ohne Stacheln gehen kann, beweisen gleich rechts am Eingang die kleinen Reflexbriantemen (Eisblumen) Südafrikas; wie aus gesprengelten Kieselsteinen liegen sie im Sande. Sie sind auch ohne Stacheln geschützt, weil sie dort, wo sie vorkommen, von der Unterlage kaum zu unterscheiden sind. Noch sei erwähnt, daß im gleichen Hause sehr Wabepflanzen reichlich blühen und daß im Palmenhause bei einer Cycas-palme, jenem Farn und Palmen verbindenden merkwürdigen Geschlecht von Palmenstrahl, in Blannhöhe eine etwa fußlange, tannenzapfenartig geschuppte Frucht zu beobachten ist.

Draußen im Garten ist Revolution. Die Verganzen werden umgebaut und erweitert. Und der Vorfrühling arbeitet sich voran. Bängst sind Hofen und Grien mit ihren Wahrzeichen betrocknet. Ueber ein Weilschen, und die ersten Anemonen werden sich melden.

Die einsamsten Menschen der Welt.

Seit die Osterinsel ein beliebter Stützpunkt für wissenschaftliche Expeditionen geworden ist, dürfte die im Südpazifik gelegene Insel Tristan da Cunha die einsamste bewohnte Stelle der Erde sein. Nachdem man über zwei Jahre lang nichts mehr von der Insel gehört hatte, kamen die letzten Nachrichten, als nämlich ein auf einer Weltreise befindliches Schiff *Die de Janeiro* anließ. Danach besteht zurzeit die Bevölkerung von Tristan da Cunha aus 13 Menschen. Fünf Männer kamen an Bord des Schiffes, die alle statisch aussahen und sonnengebräunt waren. Sie glichen einander wie Brüder; am meisten fiel ihre Schüchternheit auf, doch freuten sie sich offenbar, als man ihnen Lebensmittel und Kleider schenkte. Die Insel, die unter englischer Herrschaft steht, wurde zum ersten Male am 28. November 1816 besiedelt, als England beschloß, daß sie als Stützpunkt für einen Versuch, Kapoleon von St. Helena zu befreien, dienen könnte. Damals wurden fünf Offiziere und sechshunddreißig Soldaten an Land gesetzt. Diese Garnison wurde nach einigen

Jahren wieder eingezogen. Dann siedelte sich ein englischer Handwerker mit seiner Frau und 16 Kindern auf der Insel an. Einige englische Wairosen folgten. Da nicht genügend Frauen vorhanden waren, wurde der Kapitän eines vorüberfahrenden Schiffes gebeten, für Frauen zu sorgen, und dieser veranlaßte einige Frauen aus Kapstadt, nach der Insel zu reisen. Heute leben dreißig Familien auf Tristan da Cunha, die alle in der kompliziertesten Weise miteinander verwandt sind. Trophem herrscht auf der Insel eine patriarchalische Eintracht. Nur einmal wurde der Friede gestört, als ein Missionar sich angesiedelt hatte. Die Einwohner, die keine Autorität anerkennen und die dem Rot des Familienältesten folgen, entledigten sich jedoch bald des Störenfrieds. Als vor fünf Jahren ein Schiff vorüberkam, wurde der Missionar gezwungen, die Insel zu verlassen. Seitdem ist wieder alles eitel Sonnenschein, und kein Einwohner will die Insel verlassen, obwohl England wie Südafrika sich erboten hatten, die Bewohner kostenfrei aus Festland zu überführen. Dabei ist das Leben durchaus nicht leicht. Die einst angebauten Hülsenfrüchte sind von Ratten, die aus einem Schiff stammten, zerstört worden. Nun werden nur noch Kartoffeln geerntet. Vor zwei Jahren war die Ernte schlecht, und die Bevölkerung mußte Pinguine und ihre Eier verzehren. In einem Monat wurden 8000 Eier gesammelt und 5000 Vögel erlegt, die jedoch wegen ihres fischgeschmackes kaum als Delikatessen gelten können. Der Gesundheitszustand ist trotz dem oft herrschenden stürmischen Wetter ausgezeichnet. Krankheiten kommen kaum vor. In den letzten drei Jahren starben drei Personen, darunter ein neugeborenes Kind und ein neunzigjähriger Greis.

„Finger von der Nase!“

Von Dr. Friedrich Dregler.

Rospar Hauser hatte die üble Gewohnheit des Nasenbohrers. Das las ich in keiner Chronik, weiß es aber, weil er immer sich selbst überlassen war.

Sich selbst überlassen sein und Nasenbohren steht in einem Funktionsverhältnis.

Deshalb genügt es nicht, unsere Kinder auf das Unästhetische, d. h. Unartige, Garstige und Beschämende aufmerksam zu machen, sondern man muß sie vor allem über das Gesundheitschädliche und Gefährliche aufklären, denn das scheuen sie auch dann, wenn sie allein und unbeobachtet sind.

Nasenbohren, das auf die Dauer schädlich, bei den sogenannten Muttern gefährlich ist, wird oft durch die Fingernägel hervorgerufen, dergleichen so manches Geschwür mit Durchlöcherung der Nasensecheidewand, Echter und unechter Kalkos, Ekzem usw. verbreitet sich nicht selten von Kratzwunden in der Nase über das Gesicht. Störungen des Gehörs durch Schwellung der unteren Nasenschleimhaut, des Sehorgans durch Öterung der Tränenwege, Störungen des Geruchs- und Geschmackssinns, der Atmung und Stimme, ja sogar der geistigen Tätigkeit durch venös-lymphatische Stauung und Infektion der Hirnhäute können in der Nase ihre Ursprungsstätte haben. Fortleitung und Ausbreitung von entzündlichen Prozessen ist weiter nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Nasenhöhle mit einer Reihe von Nebenhöhlen (Nieserhöhle, Keilbeinhöhle, Stirnhöhle, Siebbeinzellen) in Verbindung steht.

Dieses alles wird der eingehend beehrte sinnliche Nasenbohrer aus unfarem „Fui“ herauszören, und mag auch der Finger zuweilen heimlich noch in seinen Lieblingsaufenthalt zurückkehren — das Gedanklose und Gewohnheitsmäßige ist überwunden.

Biel Nähe freilich hat man mit Kindern, die eine Anlage zu Nasenerkrankungen, Polypen, Schleimhautatrophie usw. haben. Hier tritt ein *circulus vitiosus* ein, die krankhafte Anlage erzeugt den Drang zum Bohren, das Bohren fördert die Krankheit.

Bei fleißig robulleren Kindern mag in solchen Fällen noch eine drastischere und plastischerer Weisung und Mahnung am Platze sein, indem man ihnen etwa das Zukunftsbild ihrer Nase als „Stinke“, „Vögelhorn“ u. dgl. vor Augen stellt.

Eitel sind sie alle.

Billige Lebensmittel

Aus unserem Einheitspreis-Verkauf:

Mop der staubfrei
glänzende Böden
in gelbem Stiel
und Blechdose **1⁹⁰**
Mop-Politur 95
Öl zum Tränken 2 Flaschen

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Strasse • Brunnenstrasse • Kottbuser Damm • Andreasstrasse • Chausseestrasse

Frisches Fleisch

Prima Schweinebauch o. Bellage, Pfund 76 Pf.
Prima Schweine-Schulterblatt, Pfund 84 Pf.
Prima Schweineschinken, Pfund 92 Pf.
Pa. Schweinekamm u. -Schulter o. Mg., Pfund 98 Pf.
Prima Schweinekotelett, Pfund 1,10
Prima Kassler, Pfund 92 Pf.
Prima Pökelfleisch mild, Pfund 92 Pf.
Prima Liesen, Pfund 64 Pf.
Prima Rückenfilet bratfertig, Pfund 68 Pf.
Prima Eisbain mit Spitzbain, mild, Pfund 58 Pf.
Kalbskamm ohne Bellage, Pfund 68 Pf.
Kalbsnierebraten ohne Bellage, Pfund 78 Pf.
Kalbskeulen bis 9 Pfund schwer u. Blatt, Pfund 84 Pf.
Prima Kalbschmitzel, Pfund 2,20
Prima Schmorfleisch Keule, o. Kn., Pfund 1,16
Prima Rouladen, Pfund 1,28
Prima Schabelfleisch, Pfund 1,16
Prima Gebacktes, Pfund 70 Pf.
Prima Hinderbacken o. Knochen, Pfund 42 Pf.
Prima Hinderhälft selbstausgelaugt, Pfund 48 Pf.
Prima Suppenfleisch, Pfund von 68 Pf. an

Gefrierfleisch

Prima Schmorfleisch Keule, o. Kn., Pfund 96 Pf.
Prima Gulasch ohne Knochen, Pfund 68 Pf.
Prima Suppenfleisch, Pfund von 52 Pf. an
Prima Hammelvorderteil, Pfund 70 Pf.
Prima Hinderlungen frisch, Pfund 36 Pf.
Prima Kuhener frisch, Pfund 25 Pf.
Pa. Schweineköpfe m. Backe, w. frisch, Pfund 44 Pf.

Konfirmation

Karotten geschält, 1/2 Dose 34 Pf.
Junger Kohlrabi, 45 Pf.
Junger Spinat, 46 Pf.
Junge Bredbohnen, 60 Pf.
Gemüseerbsen, 66 Pf.
Junge Erbsen, 78 Pf.
Junge Erbse mittel, 92 Pf.
Junge Erbsen fein, 1,25
Jung. Erbsen sehr fein, 1,40
Kaisererbsen, 1,67
Gem. Gemüse mittel, 1,12
Pfefferlinge, 95 Pf.
Sellerie in Scheiben, 95 Pf.
Pflaumen mit Stele, 66 Pf.
Apfelmus, 58 Pf.
Kürbis, 78 Pf.
Stachelbeeren, 98 Pf.
Birnen 1/2 Frucht, 1,20
Mirabellen, 1,18
Erdbeeren, 1,50

Kaffee 2³⁰

Sonderangebot/Extra billig!
1924er Santernes
vortreffliche Qualität, abes
2⁸⁵ 27³⁰ bei
Fl. 10 Fl. 25 Fl. 2,60
Original Insel Samos
sehr gute, fettarme Qualität
1⁶⁰ 15⁰⁰ bei
Fl. 10 Fl. 25 Fl. 1,40
Preise einschließlich Flasche

Geflügel

Gänse getrocknet, Pfund von **52** an
Suppenhühner getrocknet, Pfund **1¹⁰**
Suppenhühner frisch, Pfund von **98** an

Wurstwaren

Speckwurst, Pfund 90 Pf. Schinkenwurst, Pfund 1,40
Sülzwurst, Pfund 90 Pf. ff. Leberwurst, Pfund 1,40
Hausm. Leberw. Pfund 1,00 Schinkenspeck, Pfund 1,55
Speck fett u. mager, Pfund 1,10 Teewurst, Pfund 1,60
Jagdwurst, Pfund 1,20 Bierwurst, Pfund 1,60
Fleischwurst, Pfund 1,20 Zervelatwurst, Pfund 1,65
Mettwurst, Pfund 1,30 Salamiwurst, Pfund 1,65
Hildesheimer, Pfund 1,40 Nusschinken, Pfund 1,75

Katzenzungen

2 Kartons à 100 Gramm **95** Pf.
4 Kartons à 80 Gramm **93** Pf.
Bensdorf-Kakao garniert, Pfund **95** Pf.
Rumbomben, Pfund **45** Pf.
Sandgebäck mit Schokolade, Pfund **65** Pf.
ff. Delikatessbrot, Pfund **75** Pf.
Vollmilch- und Vollmilch-Nuss-Schokolade
hochwertige Qualität, 3 Tafeln à 100 Gramm **95** Pf.

Käse und Sette

Harzerkäse, Pfund 40 Pf. Münsterkäse, Pfund 95 Pf.
Camembertvoll, Stück 15 Pf. Margarine, Pfund 52 und 62 Pf.
Romalour, Stück 15 Pf. Kokosfett 1-Pfd.-Paket 62 Pf.
Allg. Stangenkäse, Pfund 40 Pf. Bralen-, Grieben-
Briekäse, Pfund 50 Pf. und Rohsdimalz, Pfund 72 Pf.
Dts. Steppenkäse, Pfund 80 Pf. Molkereibutter, Pfund 1,90
Tilsiter vollfett, Pfund 96 Pf. Tafelbutter, Pfund 2,10
Dän. Schweizer, Pfund 90 Pf. Schwed. Butter, Pfund 2,30

Kolonialwaren

Eierschnittnudeln, Pfund 44 Pf.
Eierfadennudeln, Pfund 44 Pf.
Brudimakkaroni, Pfund 44 Pf.
Weizenmehl, Pfund 21 Pf.
Auszugmehl, Pfund 22, 23, 23 Pf.
Linsen, Pfund 20 Pf.
Neue Linsen, Pfund 36, 26 Pf.
Weiße Bohnen, Pfund 22 Pf.
Weizengriess, Pfund 25 Pf.
Mischobst 1-Frucht, Pfund 60, 48 Pf.
Bosn. Pflaumen, Pfund 28 Pf.

Obst

Essäpfel (Boskop), Pfund 24 Pf.
Essbirnen (Ananas), Pfund 30 Pf.
Apfelsinen, 4 Pfund 88 Pf.
Blutapfelsinen, Pfund 88 Pf.
Ananas, Pfund 90 Pf.
Bananen, Pfund 48 Pf.
Datteln, Pfund 50 Pf.
Smyrna-Feigen, Pfund 35 Pf.

KONFITURE

Aprikosen, Pfund ca. 2 Pfund 1,10
Erdbeeren, Pfund ca. 2 Pfund 1,35
Ananas, Pfund ca. 2 Pfund 1,50

Fische u. Räucherwaren

Kablau ohne Kopf, im ganzen, Pfund **15** Pf.
Seelachs ohne Kopf, im ganzen, Pfund **18** Pf.
Kofbars, Pfund **26** Pf.
Schellfisch, Pfund **28** Pf.
Filet von Kablau, Pfund **28** Pf.
Dorsch, Pfund **7** Pf.
Grüne Heringe, 5 Pfund **45** Pf.
Leb. Zwiegelkarfen, Pfund **1,15**
Makrele, Pfund **20, 25** Pf.
Engl. Büdlinge, Pfund **40** Pf.
Goldfische, Pfund **40** Pf.
Färbere, Pfund **25, 35** Pf.
Sprossen, Kiste, ca. 1 Pfund **45** Pf.
Räucherheringe, große, neue, St. **15** Pf.
Seelachs, Pfund **44** Pf.
Stüdenlachs, Pfund **2,30**
Bundale, Pfund **45** Pf.

Portugiesische

Oelsardinen, Dose **68** Pf.
Hering in Gelee, Dose ca. 4 Liter
Rollmöpse, **2⁴⁵**
Kronsardinen
Bratheringe
Bismarckheringe

Grosser Einheitspreis-Verkauf

95 Pf. 1,90 2,85 4,50

Ausserdem:

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 9. 3. 28 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 7 1/2 Uhr
Der Kuß
Freitag, 9. 3. 28 Städtische Oper Bismarckstr. 8 Uhr
Fidelio
Städt. Schwspielh. 4a. Schumannstr. 8 Uhr
Der Kaufmann von Venedig
Städt. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr
Die Journalisten

Deutsches Theater

Norden 12 310
Abonnementsbüro:
Norden 10 338-39,
9 1/2 U., Ende nach 10
Zwölftausend
Sonntag, den 11.,
Nachm. 4 Uhr.
Zinsen
von Bernard Shaw
Preise 1-7 M.
Die Komödie
Bismarck 2414/7316
9 1/2 U., Ende 10 1/2 U.
Marcel Fradelin
(Der Eunuch)
Kammerspiele
Norden 12 310
9 1/2 U., Ende nach 10
Finden Sie, daß
Constance sich richtig
verhält?

Onkel Toms Hütte

Das grandiose Filmwerk
nach dem weltbekannten Buch von Harriet B. Stowe
jetzt
Wochentags 7 9¹⁵ Sonnabend und Sonntag 5 7 9¹⁵
Ufa-Theater
Mozartsaal
am Nollendorfplatz. Vorverkauf A. Wertheim u. 12-2 Uhr im Mozartsaal (Tel. Kurf. 2094)

Theater des Westens

Täglich 8 1/2 Uhr
Münchhausen's
letzte Liebe
Lützowstr. 6, 1. St.,
Hofmann, 201a

Kleines Theater

Täglich 8 1/2 Uhr
Heute z. 150. Male
Erika Gäßner in
Grethen
Für Jugendliche
nicht geeignet
Metropol-Th.
Zentrum 128 24
8 1/2 Uhr
Der Graf von
Luxemburg
Lage, Hebe, Landk.
Hutzel, Rührl, Arter, Oberst.
Hilf, Pöhl
Sonntag 1/4 Uhr
kleine Preise
Gräfin Maritza

Volksbühne

Theater am Nollendorfplatz Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr
Hinkemann
8 Uhr
Schieber des Ruhms

Berliner Theater

Direktion Kuhnert,
Dorotheenstr. 30-31, Neb. 171
8 1/2 Uhr
Max Adalbert
als
Der Herr von ...

Theater am Kottbuser Tor

Kottbuser Straße 6. Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Elite-Sänger
im März-Spielplan d. gr. Schlager
„Oh diese Schwiegermutter“
Volksstück in 1 Akt.
Ferner: Schorsch Russell, der Meister
der Komik in „Frühlingserbe“

Renaissance-Theater

Steinplatz 90.
8 10 Uhr: **Coeur Bube.**
8 Uhr: **CASINO-THEATER**
Lothringer Str. 37.
Doktor Klaus.
Ausscheiden: Gutscheine 1-4 Pers.
Fauteuil nur 1,10 M., Sessel 1,60 M.

Wintergarten

8 Uhr
Otto Reuter
und das
dr. Programm

Theater d. Lützowstr.

Tel. Kurf. 9209-10.
**Eröffnungs-
Vorstellung**
Heute Freitag 8 1/2
**Benni contra
Aschenbrödel**
12 Bilder mit Jazz-
musik

Planetarium am Zoo

Verlag, nachmittags 7 Uhr
Noll. 1578
16 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr
im Reiche der
Winternachtsonne
Eintritt 1 M.,
Kinder ent. 1/2 Jahre 0,30 M.

Grosses Schauspielhaus

Anfang 8 Uhr Ende 11 Uhr
REGIE:
CHARELL
**DOMPADOUR
MASSARY**
Sonntag um 3 Uhr halbe Preise

Walhalla-Th.

Weinbergsweg 19/20
Täglich 8 1/2 Uhr.
Das
Absteigequartier
Schwank in 3 Akten
Jugendliche keine Eintritt!
Vorzeiger dieses
zahlen für Parkett
auch Sonntags statt
4,- Mk. nur 60 Pf.
Sonntag, nachm. 4 Uhr
Der Rattenfänger
von Hameln
Parkettv. 30 Pf. an

Komische

8 1/2 Uhr Oper 8 1/2 Uhr
James Klein's
gewaltiges neues
Revue-Stück:
**Zieh'
dich aus!**
200 Mitwirkende.
Vorverkauf ab 10 Uhr
ununterbrochen.

Reichshallen-Theater

8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 Uhr.
Stettiner Sänger
„Mitternacht in der
Gemälde-Galerie“
nachm. 8. 30. 1. Preise.
Wöhlf-Breitl!
Das gute Märzprogramm
mit TANZ.

Residenz-Theater

Tägl. 8 1/2 Uhr:
Eugen Ebelbacher
in
Söhne der Liebe
Pres. Schwank in 3 Akten.
Für Jugendl. verb.
Für Funktraute
halbe Preise
Sonntag 1/4 Uhr
halbe Preise
Schule der Liebe
Rose-Theater
Gr. Frankl. Str. 132
8 1/2 Uhr
Der Flegel

Zur
Konfirmation
**KLEIDER
ANZÜGE
WÄSCHE**
1/6 Anzahlg. 8 Monats-
raten
Damen-
Herren-Kinder-
Kleidung
Leib-Haus-
Bett-Wäsche
etc.
**KREDITHAUS
ANDERS**
Reinickendorferstr. 16
Ecke Park- &
Berichtstr.
Möbel
1/4 Anzahlg.
Bequeme
Raten!

REEMTSMA
CIGARETTEN

OVA

Araberformat

5 Pf.

Macedonische Ova-Tabake

verarbeitet in der
modernsten Mischungswerkstatt
der Welt

1



